

Freisinn FDP

Herausgeber/Redaktion: Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz, Postfach 6136, 3001 Bern, Telefon (031) 320 35 35, Fax (031) 320 35 00
FDP im Internet: <http://www.fdp.ch> E-Mail: gs@fdp-prd.ch
Inserate: Neue Zürcher Zeitung (Zürich); Kretz AG (Feldmeilen)

AZB
3001 Bern

HANZ GEDRIG MAIER
DIR. SCHM. LANDESBÜRO
HALLMAYLSTRASSE 15
3003 BERN

11. MÄRZ 98 ○ Bundesratswahl

Herzliche Gratulation, Pascal Couchepin!

GUS. Die Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (FDP) gratuliert ihrem neu gewählten Mitglied des Bundesrates, Pascal Couchepin, ganz herzlich. Sie wünscht ihm bei der Erfüllung seiner neuen Aufgabe viel Erfolg und sichert ihm ihre volle Unterstützung zu.

Vorschlag der FDP gefolgt

Die vereinigte Bundesversammlung hat an ihrer Sitzung vom 11. März 1998

Nationalrat Pascal Couchepin aus Martigny (VS) zum Nachfolger von Bundesrat Jean-Pascal Delamuraz gewählt. Sie ist damit dem Vorschlag der FDP-Fraktion gefolgt, die am 3. März 1998 Pascal Couchepin und Christiane Langenberger nominiert hatte. Der neue Bundesrat Pascal Couchepin wird sein Amt am 1. April 1998 antreten. Die offizielle Wahlfeier im Kanton des Neugewählten findet am 19. März 1998 statt.

Dank an die Unterlegenen

Den in der Wahl ehrenvoll unterlegenen Kandidaten dankt die FDP für ihre Teilnahme am Nominations- und Wahlverfahren. Christiane Langenberger, Claude Frey und Gilles Petitpierre haben Mut, Kompetenz und Sportgeist bewiesen und der FDP-Fraktion sowie der Bundesversammlung eine echte Auswahl ermöglicht.



Der frischgebackene FDP-Bundesrat Pascal Couchepin nimmt ein Bad in der (Walliser) Menge... (Photo Michael Stahl)

FDP SCHWEIZ

Inhalt

- Die Bilder der Bundesratswahl auf Seite 7
- Den Brief des Parteipräsidenten an die Ortsparteipräsidenten ab Seite 10
- Weitere Gründe zur Ablehnung der Genverbotsinitiative auf Seite 13
- Die Auflösung des letzten «Freisinn»-Wettbewerbs auf Seite 17



Auf nach Bern

GUS. Bereits steht der ordentliche Parteitag der FDP Schweiz mit Delegiertenratssitzung und Delegiertenversammlung vor der Tür. Am 17./18. April 1998 im Berner Kursaal werden wir uns inhaltlich mit Fragen der Sozial- und Finanzpolitik befassen, steht doch die Juni-Abstimmung 1998 neben der Genverbotsinitiative ganz im Zeichen der Vorlage «Haushaltsziel 2001». Neben hochkarätig besetzten Podien werden wir mit allen Delegierten Workshops durchführen. Weitere Höhepunkte bilden die erste Anprache des neu gewählten Bundesrates Pas-

cal Couchepin vor den Delegierten und die Neuwahl einer Vizepräsidentin der FDP Schweiz. Der Delegiertenrat wird die Parole zur Volksinitiative «Schweiz ohne Schnüffelstaat S. O. S.» fassen.

Wir freuen uns jetzt schon, alle Interessierten am 17./18. April 1998 in Bern begrüssen zu dürfen.

Anmeldetalon und detailliertes Programm finden Sie im «Freisinn» auf Seite 5. Merken Sie sich das Datum aber bereits jetzt vor!

STRATEGIEBERICHT BRUNNER  *Besser als erwartet*

Glaubwürdigkeit der Sicherheitspolitik erhöhen

Der von den Boulevardmedien seit Monaten verzerrt kolportierte Bericht der vom Vorsteher BVS (EMD) eingesetzten «Studienkommission für strategische Fragen» liefert die Grundlagen für eine weiterhin schlagkräftige, den heutigen Rahmenbedingungen angepasste Armee sowie für effiziente kantonale und kommunale Wehrdienste mit einem gestrafften Zivilschutz als Kern. Dies unter der Voraussetzung, dass die finanzielle Aushungerung von Armee und Zivilschutz gestoppt wird und in der Ausbildung der Dienstpflichtigen wesentliche Fortschritte rasch erzielt werden.

**FDP-STÄNDERAT
DR. WILLY LORETAN,
ZOFINGEN (AG)**



Die seit 1990 völlig veränderte Situation in Europa (Zusammenbruch des Sowjetimperiums, Fall der Mauer in Berlin) gebietet eine Neubeurteilung der Risiken und entsprechende Folgerungen für die Ausgestaltung unserer Sicherheitspolitik. Die Schweiz ist nicht mehr, wie im Zweiten Weltkrieg und in der Zeit des kalten Krieges von Feinden, sondern von Freunden umzingelt.

Sicherheit im Verbund

Wenn es heute eine Bedrohung von aussen gibt, dann aus der Luft, mit ballistischen Raketen, aus nah- und mittelöstlichen «Schurkenstaaten» oder von Terroristen abgefeuert. Dies macht eine Zusammenarbeit mit anderen Ländern im Nachrichtendienst, der Luftraumüberwachung, bei der Satellitenaufklärung und bei der Abwehr unausweichlich, da wir selber nie über genügend Mittel verfügen können. Nur

internationale Zusammenarbeit kann uns – neben den passiven Massnahmen unseres Zivilschutzes – bis zu einem gewissen Grad schützen. Deswegen müssen wir aber nicht der Nato beitreten. Ohne Aufgabe des Neutralitätsstatus ist dies auch nicht möglich. Es sind indessen Zusammenarbeitsformen, im Rahmen unserer weit zu interpretierenden Neutralitätspolitik, denkbar, die unseren Sicherheitsbedürfnissen entgegenkommen. Dabei kann es klarerweise nicht nur um ein Nehmen gehen, sondern wir müssen auch etwas geben.

Die Schweiz stellt zurzeit in Bosnien rund 70 «Gelbhelme», die nicht einmal zum Selbstschutz bewaffnet sein dürfen (dies gemäss dem Blauhelm-Volksentscheid von 1994). Dieses Engagement ist ein guter Ansatz für vermehrte Beiträge an die Friedenssicherung in Europa. Den schweizerischen Beitrag zu verstärken, liegt durchaus auch in unserem wohlverstandenen Interesse, denkt man an Flüchtlingsströme und Asylsuchende, die dadurch vermieden bzw. verringert werden können. Mit

der Beteiligung an fried-erhaltenden Aktionen mischen wir uns nicht in «fremde Händel». Wir geben damit unsere Neutralitätsposition nicht auf.

Natürlich wird unser Bosnieneinsatz anerkannt und belobigt, immer aber mit dem Hinweis, es sei doch etwas unverständlich, dass andere unsere unbewaffneten «Gelbmützen» schützen müssten. Da stehen unsere im Waffeneinsatz gut ausgebildeten Soldaten dann schon etwas «blöd» da.

Grundauftrag der Armee bleibt

Der «Bericht Brunner» hält überraschend klar fest, dass auch bei einem verstärkten internationalen Engagement die Verteidigungsfähigkeit unserer Armee, mit Kampftruppen und logistischen Formationen, aufrechtzuerhalten ist. Wie der Vorsteher VBS, Bundesrat Adolf Ogi, bei der Medienorientierung darlegte, ist eben ein Rückfall in machtpolitische Auseinandersetzungen immer wieder möglich. Dafür müssen wir gewappnet bleiben. Wir haben kein Abonnement auf zeitlose Sicherheit. Der Bericht will richtigerweise am Grundsatz der Milizarmee festhalten. Allerdings soll die Ableistung der gesamten Dienstzeit en bloc möglich werden. Ebenso soll über eine Verstärkung der Milizarmee durch vermehrte professionelle Elemente diskutiert werden, z.B. für Aufgaben, die besondere Fähigkeiten (Einsatz von Spitzentechnologie für elektronische Kampf-

führung usw.) erfordern, oder für solche, die eine hohe Verfügbarkeit verlangen (besonders im Fall von Auslandseinsätzen). Denkbar ist ein «Einsatzkorps für gefährliche Aufgaben, wie Unterstützung der Polizei bei Antiterrorereinsätzen» (Bericht Brunner), also zur Gewährleistung der inneren Sicherheit.

Mehr Gewicht auf innere Sicherheit

Solche professionelle Einheiten könnten auch bei der verstärkten Überwachung der Grenze eingesetzt werden, zumal wir ja als Nicht-EU-Mitglied beim «Schengener-Abkommen» auf dem Gebiet der länderübergreifenden Sicherheit nicht mitmachen können. Hier haben wir die eigentliche Schwachstelle unserer Sicherheitspolitik. Die zunehmende Gefährdung der Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger durch importierte Kriminalität beschäftigt und plagt die Leute. Da ein EU-Beitritt in weiter Ferne liegt, haben wir uns eben selber mit eigenen Mitteln und bedeutend stärker als bisher vorzusehen.

Nahtloser Übergang

Gestützt auf den «Bericht Brunner» wird der Bundesrat einen neuen Sicherheitspolitischen Bericht vorlegen. Die «Armee 200X» wird modifizierte bzw. neue Aufträge erhalten, im Bestand kleiner, aber mit hochtechnisiertem Material besser ausgerüstet und dementsprechend mit mehr Profis bestückt sein. Sie wird aber im Schwere-

ZUM THEMA

Die Schweiz stellt zur Zeit in Bosnien rund 70 «Gelbhelme», die nicht einmal zum Selbstschutz bewaffnet sein dürfen.

Wir haben kein Abonnement auf zeitlose Sicherheit.

Sie wird aber im Schweregewicht eine Milizarmee bleiben. Dies ist für die Verankerung unserer Sicherheitspolitik im Volk der entscheidende Faktor, ebenso die Akzeptanz der Armee-Aufträge und die Qualität der Ausbildung.

wicht eine Milizarmee bleiben. Dies ist für die Verankerung unserer Sicherheitspolitik im Volk der entscheidende Faktor, ebenso die Akzeptanz der Armeeaufträge und die Qualität der Ausbildung. Dasselbe gilt für den Zivilschutz. Er soll konzentriert und verstärkt in die Wehrdienste der Kantone und Gemeinden (Feuerwehr, Polizei, Sanitätsdienst usw.) eingebunden werden.

Entscheidend für die nächsten Jahre wird sein, dass der Übergang von der «Armee 95», die noch lange nicht fertig ist, zur neuen «Armee 200X» nahtlos erfolgt, und dass damit der verbreiteten Verunsicherung bei professionellen und Milizkadern, aber auch bei den ausserdienstlichen tätigen Verbänden, bei den Schützen usw. endlich durch eine klar definierte Politik Einhalt geboten wird. Damit können wir die Glaubwürdigkeit unserer Sicherheitspolitik beim Bürger erhöhen. Das ist ein zentrales Anliegen des «Berichts Brunner». Er wird nunmehr einer breiten öffentlichen Diskussion ausgesetzt.

IM GESPRÄCH **o** Alain Mehmann, St. Gallen

Werte des Liberalismus vertreten

WELCHES IST IHR LEBENSMOTTO?

Es gibt 3 Arten von Menschen: die einen bewirken, dass etwas geschieht; die anderen beobachten, was geschieht; und wieder andere fragen sich, was geschehen ist.

WENN SIE IN DIE ZUKUNFT BLICKEN, WORAUF GRÜNDET IHR OPTIMISMUS?

Ich bin der Überzeugung, dass sich gute Ideen immer durchsetzen werden. Oder wie es Victor Hugo formulierte: «Nichts auf der Welt ist so mächtig wie eine Idee, deren Zeit gekommen ist.»

WAS BEREITET IHNEN DIE GRÖSSTE SORGE?

Die Gleichgültigkeit vieler Menschen und die Verweigerung sich zu engagieren.

WELCHE ERFINDUNG DER MENSCHHEIT HALTEN SIE FÜR DIE WICHTIGSTE, WELCHE FÜR DIE ENTBEHRLICHSTE?

Für die wichtigste Errungenschaft der Menschheit halte ich die Demokratie. Leben könnte ich hingegen

auch ohne elektrischen Büchsenöffner.

WAS SOLLTE UNBEDINGT NOCH ERFUNDEN WERDEN?

Die Schweiz der Zukunft.

WAS LIEBEN SIE AN DER SCHWEIZ?

Die Vielfältigkeit von Natur, Menschen und Kulturen. Trotz aller Mängel, die die Schweiz hat, fühle ich mich trotzdem wohl hier und sehe die Schweiz als meine Heimat.

WOHIN FÜHRT EUROPAS ZUKUNFT?

Europa wird sich, über die Strukturen der EU hinaus, in vielen Bereichen immer mehr dem «Modell Schweiz» angleichen. Der Prozess, den Europa im Moment durchläuft, ist durchaus vergleichbar mit demjenigen der Gründung der modernen Schweiz. Gerade deshalb verstehe ich nicht, dass ausgerechnet die Schweizer sich so vehement dagegen sträuben.

«MEHRHEITEN ZEMENTIEREN DAS BESTEHENDE, FORT-»



Der St. Galler Kantonalpartei-Sekretär Alain Mehmann.

SCHRITT IST NUR ÜBER MINDERHEITEN MÖGLICH.» TRIFFT DIESE AUSSAGE ZU?

Nicht wenn es die Minderheiten schaffen, die Mehrheiten von ihren Ideen zu überzeugen. Würde die Aussage zutreffen, so wäre die Demokratie eine denkbar schlechte Staatsform, andererseits aber eine gute Erklärung für die wirtschaftliche und gesellschaftliche Stagnation der Schweiz.

GESETZT, ES GÄBE EINEN NOBELPREIS FÜR POLITIKER, WEM WÜRDEN SIE IHN VERLEIHEN?

All jenen, die es geschafft haben, ihre Träume in die Realität umzusetzen und damit die Gesellschaft zu verändern. Zu nennen sind etwa Nelson Mandela, Vaclav Havel, Michail Gorbatschew.

WODURCH KANN EINE POLITIKERIN, EIN POLITIKER SIE ÜBERZEUGEN?

Wenn sie oder er Visionen hat und bereit ist, sich für diese auch gegen Widerstand einzusetzen, dafür gute Argumente bringt und im Auftreten sympathisch ist.

WARUM SIND SIE BEI DER FDP?

Weil die FDP diejenige Partei ist, die die Werte des Liberalismus vertritt. Für mich ist Politik mehr als die Erledigung von Sachgeschäften. Politik muss immer auch eine Auseinandersetzung mit Werten, Gesellschaftsvorstellungen und Visionen sein.

WAS IST DIE STÄRKE DER FDP, WO SIND IHRE SCHWÄCHEN?

Die Stärke liegt in den Ideen und den Werten, welche die FDP vertritt. Diese sind heute noch genauso modern wie bei der Gründung der Partei. Leider, und das ist wohl die Schwäche, wird diesen Werten zuwenig nachgelebt. Auch gelingt es uns nicht immer, tatsächlich als Reform-Partei aufzutreten.

WAS SEHEN SIE ALS IHRE PERSÖNLICHE SCHWÄCHE AN, WAS ALS IHRE PERSÖNLICHE STÄRKE?

Ich bin ein guter Zuhörer und habe auch keine Probleme, mich mit den unterschiedlichsten Menschen zurechtzufinden und andere Meinungen zu akzeptieren. Andererseits habe ich aber grosse Mühe Nein zu sagen, was sich dann gelegentlich im gehäuften Arbeitsanfall bemerkbar macht.

WENN SIE NOCH EINMAL WÄHLEN KÖNNTEN, WELCHEN BERUF WÜRDEN SIE HEUTE ERLERNEN?

Ich bin bisher eigentlich ganz glücklich mit meiner Laufbahn und habe keinen Grund, meine Wahl zu bereuen. Abgesehen davon

STICHWORTE

- INTERNET:** Muss erst noch halten, was es verspricht.
- SOZIALSTAAT:** Handlungsbedarf
- NEAT:** Ein teurer Beweis für die Solidarität zwischen den Landesteilen.
- VERFASSUNGSREVISION:** Schönschreibeübung
- «ARENA»:** Infotainment

glaube ich, dass es nie zu spät ist, einen neuen Beruf zu erlernen.

WELCHEN FILM HABEN SIE KÜRZLICH ANGESCHAUT?

«As good as it gets» mit einem brillanten Jack Nicholson.

WELCHE SCHWEIZERISCHE PERSÖNLICHKEIT MÖCHTEN SIE GERNE KENNENLERNEN UND WARUM?

Ein Abendessen mit Pippilotti Rist und dem neuen Bundesrat Couchepin wäre bestimmt ein interessanter Abend.

WAS MÖCHTEN SIE AM LIEBSTEN TUN KÖNNEN, WAS SIE NICHT KÖNNEN?

Ich hätte nichts dagegen, musisch ein bisschen begabter zu sein, z. B. Klavierspielen zu können oder zu malen.

WELCHEN WUNSCH MÖCHTEN SIE SICH NOCH ERFÜLLEN?

Ich würde mir gerne einmal ein halbes bis ein ganzes Jahr Zeit nehmen, um durch die Welt zu reisen, z. B. nach Asien oder nach Afrika. ■

ZUR PERSON

Geboren und Aufgewachsen in Luzern. Wirtschaftsstudium in Freiburg. Abschluss 1996 als lic. rer. pol. Nach einer Tätigkeit für die internationale Studentenorganisation AIESEC seit 1. November 1997 Parteisekretär der FDP des Kantons St. Gallen. Wohnhaft in St. Gallen, ledig. Hobbys: Reisen, Kochen und Essen, Lesen, Skifahren. **ALTER:** 28 **BERUFLICHE SITUATION:** Parteisekretär **POLITISCHER WERDEGANG:** Parteisekretär seit November 1997 **LIEBSTE TÄTIGKEIT:** Ein gutes Abendessen im Kreise von guten Freunden und interessanten Menschen.

Traum von Freiheit und Gleichheit

In den europäischen Aufklärungsgesellschaften hat die Schweiz im Verlaufe des 18. Jahrhunderts eine besondere Aufmerksamkeit erlangt. War sie bis dahin innerhalb Europas eine relativ abgelegene Sonderregion, die durchaus nicht an der Spitze der Entwicklung stand, so wurde sie nun zu einem Land, auf das man schaute, ja das zum Vorbild wurde.

Helvetische Revolution und Republik waren das Werk von Schweizern. Sie wären jedoch nicht möglich gewesen ohne das Eingreifen der Grossmacht Frankreich. Junge aufgeklärte Schweizer Patrioten hatten eine Nation vor Augen, die in erster Linie eine politische Gemeinschaft gleichberechtigter Bürger sein sollte.

Ihre Vision war das Modell einer politischen Nation, wie es 1789 bereits in der französischen Revolution angestrebt und in der Schweiz 1798 erstmals konsequent verwirklicht wurde.

Es waren spannungsreiche und spannende Jahre, in denen der Umbruch von der Alten Eidgenossenschaft zur modernen, demokratischen Schweiz begann. Holger Böning, Privatdozent und Historiker an der Universität Bremen, erzählt von den Revolutionen in den verschiedenen eidgenössischen Orten und untersucht ihre Voraussetzungen.

Analysiert wird der Versuch, zum erstenmal für die gesamte Schweiz demokratische Grund- und Freiheitsrechte durchzusetzen. Dabei werden die Entwicklungen ausser im rechtli-

chen auch im geistig-ideellen, politischen und militärischen, im wirtschaftlichen und sozialen sowie kulturellen und religiösen Alltag der Schweiz am Ende des 18. und zu Beginn des 19. Jahrhunderts nachgezeichnet.

Es geht um Schicksalsfragen wie die der Ablösung der Feudallasten und die des neuen Steuersystems. Freiheitsbäume, das «Volk» als Teil der Nation und nationale Propaganda, Volksfeste als Mittel nationaler Vereinigung und die Suche nach nationalen Symbolen interessieren genauso wie die Volksschulen als Nationalstiftung, die Pressefreiheit und Judenemanzipation. Schliesslich erläutert der Autor die Ursachen des Scheiterns der Helvetischen Republik.

Zum Autor

Holger Böning ist Privatdozent und Historiker an der Universität Bremen. Er hat zahlreiche Bücher zur deutschen und schweizerischen Geschichte, Presse und Literatur verfasst.

Sein Hauptinteresse gilt dem Jahrhundert der Aufklärung und den Auswirkungen der Französischen Revolution im deutschen Sprachraum.

Holger Böning: Der Traum von Freiheit und Gleichheit. Helvetische Revolution und Republik – Die Schweiz auf dem Weg zur bürgerlichen Demokratie 1798–1803. Orell-Füssli-Verlag, Zürich 1998. Ca. 280 Seiten gebunden. Fr. 58.–/DM 68.–/S 496.–, ISBN 3 280 02808 7.

Für Wahlkämpfer

Werner Seitz und Madeleine Schneider vom Bundesamt für Statistik (BFS) haben die Nationalratswahlen 1995 genau unter die Lupe genommen. Die Analyse dieser Wahl bestätigt Bekanntes und Vermutetes, fördert aber auch für den erfahrenen Wahlkämpfer Neues zutage. Die rechtlichen Rahmenbedingungen, die Listen und die Kandidierenden, die Wahl selbst und die Gewählten werden aufgelistet und nach allen Regeln der Kunst analysiert. Herausgekommen ist eine Fundgrube für Parteistrategen und -taktiker, deren Lektüre für die Vorbereitung der Wahlen 1999 nur empfohlen werden kann.

Werner Seitz und Madeleine Schneider, BFS. Die Nationalratswahlen 1995. Vertrieb: Bundesamt für Statistik, 3003 Bern. Bestellnummer: 016-9503. Fr. 23.–, Statistik der Schweiz, Fachbereich: 17 Politik. ISBN 3-303-17012-6.

Legendär – der Publicus

Der Publicus ist ein vorzügliches und unentbehrliches gesamtschweizerisches Nachschlagewerk, das über 4500 Adressen und Informationen des öffentlichen Lebens in der Schweiz in einem handlichen Buch zusammenfasst und zuverlässig Auskünfte gibt, die sonst nur aus Telefon- und Adressbüchern oder Spezialverzeichnissen mühsam herausgesucht werden müssten.

Auch auf CD-ROM lieferbar

Die Publicus-CD-ROM erlaubt eine fast unbegrenzte Möglichkeit an Suchkombinationen. Listen können in-

dividuell zusammengestellt werden, Notizen zu einzelnen Dokumenten abgelegt, Daten ausgedruckt und exportiert werden.

Durch die einfache Handhabung (Volltextsuche; Index aller vorhandenen Wörter, Abkürzungen, Zahlen; Kapitelübersicht; Clip-board) erfolgt der Zugriff auf alle gespeicherten Daten sehr schnell und mühelos. Die CD-ROM kann wahlweise unter DOS, Windows oder Windows 95 betrieben werden.

Inhaltsübersicht

■ Schweizerische Eidgenossenschaft

Bundesrat, Bundeskanzlei, Bundesversammlung, Nationalrat, Ständerat, Eidg. Departemente. PTT, SBB, Bundesgericht, Versicherungsgericht, Suva, Nationalbank.

■ Kantone

Kantonale Parlamente, Regierungen und Gerichte

■ Gemeinden

Sämtliche Gemeinden mit 5000 und mehr Einwohnern

■ Schweiz – Ausland

Diplomatische und konsularische Vertretungen, Delegationen bei internationalen Organisationen, Handelskammern im Ausland und in der Schweiz

■ AHV, IV, EO

Fürstentum Liechtenstein

■ Messen und Ausstellungen

■ Wirtschaftliche Organisationen

■ Standes- und Berufsorganisationen

■ Wohlfahrts- und Fürsorge-Institutionen

■ Weitere zentrale Organisationen

■ Jugend und Sport

■ Wissenschaft und Kultur

■ Die politischen Parteien

■ Kirchen und religiöse Gemeinschaften

■ Personenregister

■ Sachregister

■ Register der Abkürzungen

Publicus 1997/98. Schweizer Jahrbuch des öffentlichen Lebens / Annuaire suisse de la vie publique. 40., revidierte und ergänzte Auflage 1997. Redaktion: Bernard Hess. Ca. 950 Seiten. Gebunden, mit Griffregister. Fr. 85.–/DM 99.–/S 780.–, ISBN 3-7965-1042-6. Ausgabe auf CD-ROM: Fr. 198.–/DM 228.–/S 1775.–, ISBN 3-7965-1053-1. Buchausgabe und CD-ROM zusammen: Fr. 250.–/DM 290.–/S 2262.–, ISBN 3-7965-1054-X. Netzwerkversion auf Anfrage.

BERN  Delegiertenversammlung vom 17./18. April 1998

Weg vom Ein- generationen-Denken

Die diesjährige ordentliche Delegiertenversammlung der FDP Schweiz findet in der Hauptstadt der Eidgenossenschaft statt, wohin unsere Berner Parteifreunde eingeladen haben. Wir danken ganz herzlich dafür, dass wir in dem Kanton, der am selben Wochenende Regierung und Parlament neu wählt, Gast sein dürfen.

Den thematischen Schwerpunkt am Freitag und Samstag haben wir bei der Sozial- und Finanzpolitik gelegt. Im Zusammenhang mit der wegweisenden Entscheidung um das Haushaltsziel 2001 und den Berichten der Interdepartementalen Arbeitsgruppe «Finanzierungsperspektiven der Sozialversicherungen» (IDA Fi So I und II) wollen wir uns mit den Zusammenhängen zwischen der Sanierung der Sozialversicherungen, dem Bundeshaushalt und der Wirtschaftspolitik befassen. Denn die Haushaltsdisziplin ist kein Selbstzweck: Sie dient der Erhaltung eines leistungs- und handlungsfähigen Staates und der Rettung der Sozialwerke. Die soziale Sicherheit ihrerseits ist ein unerlässlicher Bestandteil des

Liberalismus schweizerischer Prägung. Die Position der FDP soll am Parteitag überprüft und im Lichte der Entwicklungen neu definiert werden. Die FDP steht in der Verantwortung, diejenige finanzierbaren Reformen vorzuschlagen, welche für die Einwohnerinnen und Einwohner dieses Landes soziale Sicherheit garantieren. Staatliche Hilfe ist subsidiär zur Selbstverantwortung anzubieten. Jederzeit muss ein Anreiz bestehen, selbst wieder den Ausweg aus einer Notlage zu finden.

Einen gewichtigen Platz an der diesjährigen ordentlichen Delegiertenversammlung wird vor allem eine der drei Vorlagen der Eidgenössischen Abstimmung vom 7. Juni 1998 einnehmen, nämlich das Haushaltsziel 2001. Die Nein-Parole zur Genverbots-Initiative

hat bereits die ausserordentliche Delegiertenversammlung vom 23. Januar 1998 in Zürich beschlossen. Der Delegiertenrat wird die Parole zur Initiative «Schweiz ohne Schnüffelstaat» fassen. Mit dem Haushaltsziel 2001 wird die Standortfrage gestellt: Will die Schweiz innert vernünftiger Frist zu einer glaubwürdigen und verlässlichen Finanzpolitik zurückkehren und damit dem Arbeitsplatzstandort Berechenbarkeit ermöglichen? Oder soll die Schweiz munter an der gefährlichen Schuldspirale weiterdrehen?

Daneben werden wir uns am Samstag mit den alljährlich wiederkehrenden statutarischen Geschäften beschäftigen. Durch den Rücktritt von Frau Ständerätin Vreni Spoerry aus dem Vizepräsidium der FDP Schweiz ist ein Sitz vakant. Wir werden ein neues Mitglied in dieses Gremium wählen.

*Franz Steinegger,
Parteipräsident,
und Nationalrat
Johannes Matyassy,
Generalsekretär*

Talon

Zur ordentlichen Delegiertenversammlung sind alle FDP-Mitglieder herzlich eingeladen. Bitte melden Sie sich mit dem Talon an:

Name: _____ Vorname: _____
Strasse/Nr.: _____ PLZ/Ort: _____
Teilnahme am: Freitag, 17. April 1998
 Samstag, 18. April 1998

Bitte möglichst rasch einsenden, faxen oder e-mailen an: FDP der Schweiz, Anmeldung DV Bern, Postfach 6136, 3001 Bern; Fax (031) 320 35 00; E-Mail: gs@fdp.ch.
Sie erhalten dann einen detaillierten Anmeldetalon.

PROGRAMM

Haushaltsziel, Stabilisierungsprogramm und IDA FiSo 2

Freitag, 17. April 1998

15.30 DELEGIERTENVERSAMMLUNG (1. TEIL)

Eröffnungsreferat durch Nationalrat
Franz Steinegger, Parteipräsident

Podiumsdiskussion zu den drei Themen
Haushaltsziel, Stabilisierungsprogramm
und IDA FiSo 2

Leitung: Martin Schläpfer, «Bilanz»

Teilnehmer pro: NR Käthi Bangerter

(FDP/BE)

NR Christine Egerszegi-Obrist

(FDP/AG)

SR Françoise Saudan

(FDP/GE)

Teilnehmer contra: NR Hildegard Fässler

(SP/SG)

NR Rudolf Strahm

(SP/BE)

16.45 WORKSHOPS ZU DEN THEMEN:

1. IDA-FiSo 2

Leitung: NR Trix Heberlein

SR Erika Forster

NR J.-N. Philipona

2. STEUERPOLITIK

Leitung: SR Vreni Spoerry

SR Helen Leumann

NR Adriano Cavadini

3. FINANZAUSGLEICH BUND-KANTONE

Leitung: SR Dick Marty

SR Hans Bisig

NR Ph. Pidoux

4. WIRTSCHAFT UND ÖFFENTLICHE FINANZEN

Leitung: NR Gerold Bühler

NR Dorle Vallender

NR Erich Müller

18.00 SCHLUSSWORT DES PARTEIPRÄSIDENTEN

19.30 APERITIF, GESPENDET VON CREDIT SUISSE, BERN

20.15 GALA-ABEND, ORGANISIERT VON DER FDP

DES KANTONS BERN, MIT NACHTESSEN
UND UNTERHALTUNGSPROGRAMM

Grusswort von Mario Annoni, Regierungsrat BE

Samstag, 18. April 1998

9.00 DELEGIERTENVERSAMMLUNG (2. TEIL)

Statutarische Geschäfte:

– Jahresbericht

– Wahlen Vizepräsidium FDP Schweiz, Geschäftsleitung

9.30 ANSPRACHE VON BUNDESRAT PASCAL COUCHEPIN, CHEF EVD

10.30 PRÄSENTATION DER ERGEBNISSE DER WORKSHOPS Präsentation der Thesen und Postulate der FDP

11.00 ABSTIMMUNGSVORLAGEN VOM 7. JUNI 1998:

Haushaltsziel 2001

– Votum von Bundesrat Kaspar Villiger, Chef EFD

11.30 PAROLENFASSUNG

12.00 SCHLUSSWORT DES PARTEIPRÄSIDENTEN

Anschließend Aperitif,

gespendet von FDP Kanton Bern

DER NEUE BUNDESRAT *○ Pascal Couchepins Tischrede*

«Mettons-nous en route sans crainte»

Die Bundesversammlung hat am 11. März Pascal Couchepin glanzvoll zum Nachfolger des abtretenden Jean-Pascal Delamuraz gewählt. Der «Freisinn» veröffentlicht hier – und um der sprachlichen Eleganz willen auf französisch – Bundesrat Couchepins Tischrede vom 11. März 1998 vor der FDP-Fraktion:

«Ils allaient obscurs dans la nuit solitaire.» Ces mots qui ouvrent l'Enéide de Virgile m'ont souvent trotté dans la tête tous ces jours. Ils expriment bien la situation des candidats dans cette période entre le moment où une succession est ouverte et le moment où la nomination du successeur est prise. L'incertitude est toujours là, et la solitude est réelle, malgré la présence continuelle de la presse écrite et des médias électroniques.

C'est une chance de pouvoir compter dans ces circonstances sur quelques points fixes qui permettent de garder le sens de l'orientation.

Je voudrais remercier tous ceux et celles qui m'ont aidé à garder le cap durant ces semaines et ces deux mois.

Je pense bien sûr et d'abord à mon épouse qui n'a pas souhaité cette promotion, mais qui l'a acceptée. Nous fêtons cette année nos trente ans de mariage. Et je ne cesse de me dire que ce fut une chance pour moi de l'avoir rencontrée.

Je pense à mes enfants ici présents. Je les remercie d'avoir accepté l'invitation du groupe radical. Ce doit être embarrassant quelques fois quand on a 20 ans d'avoir un père aussi encombrant que le leur. Je m'excuse auprès d'eux de

l'embaras que je leur cause parfois. Mais j'espère qu'aujourd'hui, ils ont au fond du cœur un petit sentiment de fierté à l'égard de leur père. Et puis, expérience faite, il vaut mieux avoir quelques problèmes à se situer à l'égard de son père que de ne plus avoir de père.

Je voudrais remercier le parti radical de Martigny par son président M. Jacques Vuignier. Nous avons bâti ensemble, et quand je dis ensemble je pense à tous ceux qui ont participé à la vie politique de ma cité durant ces 20 dernières années, nous avons bâti ensemble une cité qui n'est pas la cité idéale, mais qui est une cité solidement radicale. Cela signifie beaucoup de choses qu'il faudra préserver à l'avenir: le pragmatisme efficace, le goût de la fraternité et l'esprit de simplicité que je qualifie de républicaine. Ne vous endormez pas, lutez pour que la ville se modernise, se transforme, sans perdre son goût de la fête et du risque.

Le point suivant de référence, c'est le parti radical valaisan. Je salue son président Claude Oreiller. J'ai puisé dans cette compagnie l'esprit de lutte tempéré par l'esprit de discipline. Quand on est minoritaire, on sait que la diversité est une valeur positive



Pascal Couchepin

qu'il faut cultiver, mais à la fin il faut être capable de faire front ensemble, d'oublier les différences pour se fixer sur un objectif commun. Il faut avoir l'esprit de groupe, non par faiblesse ou lâcheté, mais parce que seul le groupe est capable d'être suffisamment fort pour se faire entreprendre. C'est sans doute un assez bon apprentissage de la collégialité.

J'en arrive au groupe radical des Chambres fédérales. J'aurais dû commencer par lui car je lui dois bien sûr l'élection de ce jour. Le groupe radical c'est un microcosme de la Suisse et de l'humanité avec, il faut bien le reconnaître, une nuance puisque malheureusement les femmes y sont sous – représentées. Le groupe radical, j'en ai fait l'expérience en tant que président, a le goût de la diversité au point parfois de se mettre lui-même en péril. Mais c'est le grand mérite de Christine Beerli, notre présidente, de savoir regarder cette diversité avec sérénité et d'agir avec fermeté. Christine Beerli, durant ces dernières semaines, n'a pas eu la vie facile. Et pourtant, elle a traversé cette période

avec une efficacité souriante. Ma chère Christine, je vous ai souvent admirée durant cette période. L'estime que je vous portais déjà s'est souvent trouvée confirmée et renforcée. C'est de bon augure pour notre collaboration future et à travers vous pour la collaboration avec le groupe.

Au-delà du groupe se trouve le parti radical. L'image qui me vient à l'esprit c'est celui d'une planète dont on ne sait pas toujours si elle influence la nôtre ou si c'est la nôtre qui l'influence. La dernière expérience que j'ai faite avec la planète radicale fut le conseil des délégués qui a précédé la désignation des candidats au Conseil fédéral. J'ai eu le sentiment d'étrangeté en entendant un gentleman représentant les radicaux de l'étranger qui nous expliquait, sans rien, qu'il fallait être sérieux et chercher des candidats potentiels pour le Conseil fédéral dans le cercle étroit des 300 ou 400 suisses, pas un de plus, qui avaient des compétences et l'information nécessaire pour comprendre le monde et son évolution. J'ai été surpris, mais j'ai été rassuré lorsqu'à l'unanimité moins une voix, le Conseil a décidé de renoncer aux chasseurs de têtes habitués à fournir des dirigeants d'entreprises pour désigner les candidats radicaux au Conseil fédéral. Il fallait la force tranquille de Franz Steinegger, son humour et sa détermination pour laisser s'exprimer toutes les opinions, mais sélectionner la bonne opinion. Notre grand timonier a en-

core la main solide. J'en suis heureux pour notre parti et pour le pays.

Et maintenant je quitte les cercles familiaux, locaux, politiques pour en arriver à ce qui nous unit tous, une commune appartenance à ce pays.

Depuis le début de cette campagne, les observateurs, des journalistes s'interrogent. Qui faut-il au gouvernement de ce pays? La réponse est tombée, et pourtant elle demeure ouverte.

Qui faut-il nommer à la tête d'un Etat?

On a tout entendu, mais les voix les plus fortes sont venues de l'économie et des journalistes qui en sont proches. On a certainement beaucoup à apprendre des méthodes de direction employées dans l'industrie. Mais à la fin, l'activité politique est irréductible à l'activité économique. L'activité politique doit prendre en compte des valeurs plus larges que celles de l'industrie. Cela on l'a souvent dit et redit au cours de cette campagne. Et pourtant, on a le sentiment de n'avoir pas été entendu. Je ne crois pas simplement qu'il s'agit d'un problème de rythme dans la décision à l'exécution. C'est bien plus profond que cela. La politique au fond se définit par une exigence qui est celle même de la démocratie. La politique ne doit jamais désespérer de l'homme et des hommes concrets. Elle ne doit jamais renoncer à intégrer. Pour elle, les échecs des citoyens sont aussi ses propres échecs.

En économie lorsqu'une décision est prise, il faut l'appliquer rapidement, efficacement. Aucun chef d'entreprise de gaieté de cœur ne met au chômage ou renonce à investir dans un pays. Et pourtant, il est parfois obligé de le faire pour réaliser sa stratégie, donner toutes ses chances à l'entreprise qu'il dirige et à son futur.

La politique, elle, ne peut pas et ne doit pas pratiquer ainsi. Le critère de son succès, c'est l'intégration à court terme de tous les citoyens et citoyennes et en même temps c'est la capacité de construire l'avenir. A quoi sert en politique de gagner les élections de 1999 si en gagnant ces élections, on compromet celles de 2003. Mais en sens inverse, à quoi sert-il de gagner peut-être les élections de 2007, si l'on perd celles de 1999 et de 2003?

L'action de la politique doit être inscrite dans le long terme, mais elle doit être explicable à court et à moyen terme. C'est cela qui constitue pour moi la fascination de la politique. Il faut être capable de brider, de limiter parfois ces visions pour ne pas provoquer le rejet immédiat des réformes

que l'on veut entreprendre. Mais en sens contraire, des réformes qui ne s'inscrivent pas dans une politique à long terme sont stériles. Notre parti a bien senti cela, puisqu'il a décidé de souligner sa vision en se déclarant le parti des réformes.

Encore faut-il savoir, non seulement ce que sont les réformes à entreprendre, mais encore savoir comment les réaliser.

J'ai lu récemment qu'Uli Bremi, mon prédécesseur à la tête du groupe, avait dit que dans l'économie ce qui manque c'est moins souvent la vision stratégique que la capacité de réaliser, de décider concrètement. Je crois que c'est vrai. Le marché des idées est fort heureusement abondamment fourni. Jamais il n'y a eu autant de gens originaux qui proposent de nouvelles so-

lutions, de nouvelles théories, qui inventent et lancent de nouvelles visions.

Les idées sont là. Elles sont sur le marché. Un gouvernement doit être capable de les sélectionner, de faire siennes celles qui lui paraissent propres à réaliser ses objectifs. Les idées doivent être concrétisées. C'est là la tâche première d'un gouvernement. Il doit le faire avec ténacité et sur la durée. Il faut que les objectifs soient perceptibles, mais il faut aussi que les mesures intermédiaires rapprochent de l'objectif.

Gouverner c'est choisir des objectifs, c'est dire ces objectifs, c'est prendre des mesures qui sont dans l'axe des objectifs choisis.

En disant cela, je dis l'importance que constitue pour moi le fait d'avoir été votre candidat, le candidat

du groupe radical, avant d'avoir été l'élu de l'Assemblée fédérale. Je redis ce que je vous ai dit mardi passé. Votre décision de me présenter comme candidat du groupe radical est un contrat qui m'engage et qui vous engage.

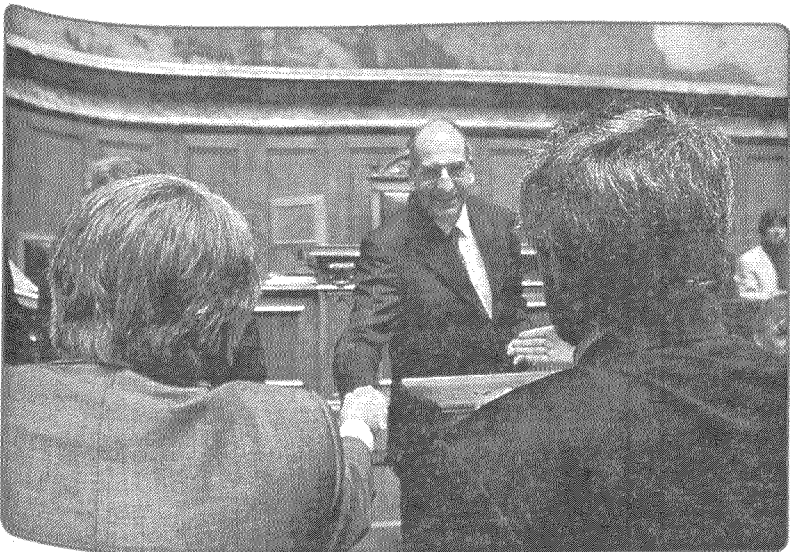
Au-delà de notre parti et de notre groupe, il y a l'intérêt du pays. Nous devons faire pour notre pays un parcours sans faute, si nous voulons être dans le peloton de tête au début du millénaire prochain. Nous devons rétablir nos finances, assurer un système de sécurité social cohérent et solidaire, favoriser la créativité industrielle, économique et culturelle, maintenir nos institutions, les rénover, définir de manière stable nos relations avec l'Union européenne.

Nous devons réussir... Ce ne sera pas facile, mais

ensemble nous avons les moyens de réussir.

Au début de cette intervention, j'ai cité le premier vers de l'Enéide. Enée et ses amis marchent obscurément dans la nuit solitaire. Ils quittent Troie qui est en flammes pour partir à l'inconnu. Ils fonderont Rome, mais il ne le savent pas encore. Mais ils ont un grand dessein commun. Rome n'est plus à fonder, et les grandes épopées sont terminées. Mais nous pouvons avoir un dessein commun, celui de construire ensemble une Suisse moderne, plus prospère, démocratique dans laquelle les hommes et les femmes réalisent leur dignité d'être entrepreneurs et créatifs. Mettons-nous en route sans crainte et sans peur des difficultés.

*Pascal Couchepin,
Conseiller fédéral*



(Alle Bilder Michael Stahl)

KOLUMNE

Wie im alten Rom



Zu den attraktivsten Fernsehsendungen sowohl bei der «Classe politique» als auch bei den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern gehört die «Arena», die zwar einen lateinischen Namen trägt, aber dennoch verlangt, dass deutsch und deutlich gesprochen wird. Was der Titel seit römischen Zeiten verheisst, lösen SF DRS und Filippo Leutenegger Freitag für Freitag getreulich ein, nämlich ein Kampfplatz zu sein oder ein Zirkus.

Ob das eine oder das andere: noch lieber als in Ratssälen oder Konferenzzimmern finden sich die

Politikerinnen und Politiker dort ein, wo früher die Gladiatoren ihr Leben aufs Spiel setzten und heute die Clowns ihre Gage. Allen passt es nicht.

Doch wo Publikum ist, dürfen seine gewählten Vertreter nicht fehlen; und wo Mandatsträger mit dem Zweihänder dreinschlagen, entwickelt der Souverän ein politisches Interesse, das die Stimmbeteiligung überragt. Denn die auf «Räuber und Poli» reduzierte «Res publica» ist ja wirklich spannender als die bundesrätliche Botschaft zur Genschutz-Initiative im Wortlaut.

Die Behauptung, die direkte Demokratie sei die

beste aller Staatsformen, stammt aus einer Zeit, als es weder ein Fernsehen gab noch den bösen Traum für Politikerinnen und Politiker, wie Schlagersängerinnen, Zauberer und Transvestiten zu Unterhaltungszwecken auftreten zu müssen – und erst noch gratis.

Auch diese Entwicklung zeigt, ganz klar und unbezweifelbar, dass die elektronischen Medien mit ihrem Einschaltquotenwahn nicht nur das Abendland dem Untergang weihen, sondern auch die Politik entheiligen. Auf weise Häupter kommt es nicht mehr an: telegen müssen sie sein. Kluges Denken hat ausgespielt: es reicht, knapp formulieren zu können. Differenzieren gilt als Zaudern und Zögern: wer farbsicher zwischen

Schwarz und Weiss entscheiden kann, ist dynamisch. Die Legislativen und Exekutiven der Zukunft gehören den Film- und Fernsehstars. Ronald Reagan ist das Vorbild in Person.

Aber wollen wir das? Sind bloss noch Frauen und Männer in ein öffentliches Amt wählbar, die gleichzeitig Mundharmonika spielen, Trompete blasen, die Pauke schlagen und mit der roten Nase wackeln können? Heben wir ausschliesslich Leute auf einen Präsidentenstuhl, die auf einem «heissen Stuhl» zur Volksbelustigung Blut schwitzen? Dann bliebe als kleinstes aller Probleme lediglich offen, wann wir das Bundeshaus abbrechen und durch eine Festhütte ersetzen.

Es sei denn, wir packen das Übel mutig an der Wurzel und schaffen das Fernsehen ab, zuerst das schweizerische und hernach – als Beitrag zum Kultur-Europa – das ausländische. Das wäre nicht freisinnig, doch radikal. Politik darf nicht auf den Hund kommen, der mit dem Schwanz bellt.

Eine weitere substanzerhaltende Massnahme könnte darin bestehen, dass die «Classe politique» nicht mehr in Divisionsstärke, sondern bloss noch als Schwadron in die «Arena» einrückt. Aber wer mag schon den Vorwurf hören, ein Utopist zu sein.

Alex Bänninger, Publizist, Präsident des Freisinnigen Presseverbandes der Schweiz, Zürich



Wo sie hinschauen ist Licht. Es wandert mit, wenn sie sich bewegen oder auch nur die Blickrichtung ändern. In ihrer reinen Zweckmässigkeit ist die Helmlampe von Bergleuten die perfekte Arbeitsplatzbeleuchtung. Falls Sie jedoch mehr als blosser Funktionalität erwarten – etwa gutes Design und grosse Auswahlmöglichkeiten – sehen Sie sich am besten in unserer Lampenabteilung an der Gerechtigkeitsgasse 36 in Bern um.

teo jakob

Informationspaket FDP

Wir wünschen Zustellung von

- Informationspaket FDP Fr. 150.– (Jahresabonnement)
- Freie Schweizer Presseinformation (Jahresabonnement)
- Politische Rundschau Fr. 20.– (Jahresabonnement)
- Der Freisinn Fr. 20.– (Jahresabonnement)

Name/Vorname: _____

4/98

Adresse: _____

Bitte einsenden an: FDP der Schweiz, Postfach 6136, 3001 Bern, oder per Fax (031) 320 35 00.

FDP auf Internet
Besuchen Sie uns auf dem World-Wide-Web!
Unsere Adresse:
E-Mail: gs@fdp-prd.ch
<http://www.fdp.ch>

Abschaffung der Ochsentour!

Wie sieht das Anforderungsprofil eines Politikers/einer Politikerin aus? Langjährige politische Arbeit, Legislativ- und wenn möglich Exekutivverfahren scheinen immer noch unentbehrliche Bedingungen zu sein. Es ist an den Jungfreisinnigen zu zeigen, wie jugendfeindlich und für die Zukunft einer grossen Partei bedenklich diese veralteten Anforderungsprofile sind.

Die Beteiligung von 15- bis 35jährigen am politischen Geschehen ist kaum spürbar. Von über 3000 kantonalen Parlamentarierinnen und Parlamentariern sind gerade einmal 33 unter 30 Jahre alt. Kein Wunder also, dass das Vorurteil vorherrscht, dass sich Junge nicht für Politik interessieren. Dieses Vorurteil ist genauso pauschal wie falsch. In Zeiten grosser Jugendarbeitslosigkeit, verfehlter Bildungspolitik «Reformen» und Schuldenwirtschaft auf Kosten der jungen Generation ist das Interesse bei den Jungen sehr wohl vorhanden. Mehr als gemeinhin angenommen.

Politisches Interesse bedeutet nicht politische Arbeit

Was vergessen wird, ist folgendes: Sich für Politik zu interessieren ist eine, Politik zu machen aber eine völlig andere Sache. Das Problem liegt nämlich nicht im fehlenden Interesse der Jungen, sondern darin, dass politisch interessierte junge Leute nicht mehr bereit sind, sich auch politisch zu betätigen.

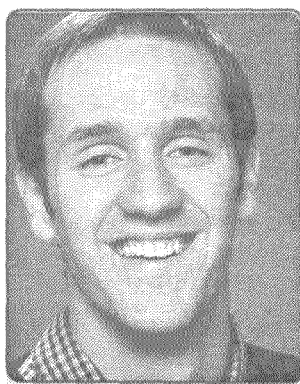
Die Ursache ist überraschend einfach zu finden: Mangelnde Perspektiven zu interessanten politischen Positionen. Hochqualifizierte, leistungsbereite junge Menschen sind heutzutage

stärker als vor 20 Jahren von ihrem Berufsleben beansprucht. Volles, kompromissloses Engagement ist angesagt. Sich in der spärlichen Freizeit noch in anderen Strukturen eine Karriere aufzubauen, fällt entsprechend schwer.

Parteien bremsen unabsichtlich Junge aus

Es ist also gerade an den Parteien, die politische Arbeit wieder attraktiv zu machen. Und gerade hier scheinen die Parteien noch zu schlafen – auch die FDP. Junge werden ausgebremst – natürlich ohne es zu wollen, aber mit voller Wirkung. Wie das?

Erfolgreiche Junge sind sich heute ihres «Marktwertes» bewusst. Sie haben sich eine eigene Unternehmung aufgebaut, ein Studium mit Auszeichnung abgeschlossen oder klettern mit grossen Schritten sonstwo die Karriereleiter hinauf. Was bieten ihnen die Parteien an? Nichts, aber auch gar nichts. «Komme doch einmal in den Vorstand unserer Ortspartei. Du schreibst ein Jahr lang das Protokoll und erledigst die Administration. Dann bist Du eingearbeitet und kannst neue, interessantere Aufgaben übernehmen. Wir könnten Dich zum Beispiel nächstes Jahr in der Kindergartenkommission placieren». Der Startschuss für die



Michael Huber

Ochsentour ist gefallen: Ab 1998 2 Jahre Vorstandsarbeit bei der Lokalsektion (Veranstaltungen organisieren, Kuverts kleben), im Jahr 2000 Teilnahme an Gemeindewahlen (Resultat: 8. Ersatzrang auf der FDP-Parlamentsliste), 2004 zweite Teilnahme an Gemeindewahlen (nun gewählt), 2006 erste Teilnahme an kantonalen Wahlen (11. Ersatzrang)...

Kein Wunder also, dass erfolgreiche Junge dankend abwinken. Es ist für sie nicht einsehbar, warum eine politische Karriere mit derartigem Mühsal verbunden ist, während sie im Beruf in jeder Hinsicht gefördert werden, entsprechend zügig voranschreiten und schnell Verantwortung übernehmen können. Wer will da noch mit Politik seine Zeit vergeuden? Es kann folglich nicht erstaunen, dass die Mitgliederparteien der Parteien bei den 25- bis 35jährigen ein grosses Loch aufweisen.

Die Arroganz der Jungen

Viele ältere Semester werden diesen Jungen nun Arroganz vorwerfen. Wohl nicht völlig zu Unrecht. Schliesslich haben sie seinerzeit die gleiche Ochsentour mitgemacht und es geschafft. Tatsache ist aber,

dass die Parteien mit der Weiterführung dieser Personalpolitik die ambitionierten, leistungsbereiten und auch leistungsfähigen Persönlichkeiten verpassen. Die Parteien müssen sich in 20 Jahren vorwerfen lassen, fahrlässig in Kauf genommen zu haben, dass nur noch die zweite Garde Politik macht.

Nicht nur die Parteien sind schuld

Es wäre nun allerdings zu vereinfachend, die Schuld an der mangelnden politischen Partizipation der 25- bis 35jährigen den Parteien und ihrer Personalpolitik in die Schuhe zu schieben. Die föderalistische Struktur der Schweiz erschwert nun mal eine steile politische Karriere. Zudem herrschen veraltete Anforderungsprofile nicht nur bei den Parteien, sondern auch bei den Wählerinnen und Wählern vor. Was bringt es also der Partei für einen Nutzen, z.B. für eine Regierungsratswahl eine junge Persönlichkeit ohne politische Erfahrung zu portieren, wenn das Stimmvolk immer noch in alten Schemen denkt und einen amtierenden Kantonsrat / eine amtierende Kantonsrätin wählen will? Der fehlende kurzfristige Nutzen einer jugendfreundlichen Personalpolitik wird die pragmatisch taktierenden Parteien wohl nicht zum Abschneiden alter Zöpfe bewegen – im Gegenteil.

Kurzfristiges Ziel ist kein Massstab

Das kurzfristige Ziel darf aber nicht als Massstab für eine Personalpolitik herangezogen werden. Wenn eine Partei langfristig über

starke Persönlichkeiten verfügt, wird sie auch Erfolg haben. Wahlen werden heute mit Personen und nicht mehr mit politischen Parolen gewonnen.

Die FDP hat also eine Chance. Gerade sie sollte idealerweise den leistungsbereiten Teil der jungen Generation ansprechen können. Was ist also zu tun?

Die FDP – die Partei der stärksten Persönlichkeiten

Es braucht nicht weniger als ein Umdenken in allen Parteigremien auf kommunaler und kantonaler Ebene, die sich mit Personalfragen beschäftigen: Junge Unternehmerinnen und Unternehmer, ausgezeichnete Studienabgänger, herausragende Personen aus der Verwaltung usw. sind mit konkretem (und attraktivem!) Angebot und Perspektive auf die FDP aufmerksam zu machen. Heute beschränkt man sich darauf, sie als Parteimitglieder anzuwerben. Die FDP ist in diesen Strukturen gut verankert. Es sollte ihr leichtfallen, diese Persönlichkeiten ausfindig zu machen.

Ein konkretes Angebot könnte z.B. ein kumulierter Listenplatz bei Gemeinde- oder Kantonsratswahlen sein. Später sind diese Persönlichkeiten auf höheren Ebenen einzuführen und Schritt für Schritt gezielt aufzubauen.

Der FDP muss es gelingen, die Partei mit den stärksten Persönlichkeiten bleiben zu können.

Michael Huber
Präsident

Jungfreisinnige Schweiz
michael.huber@jungfreisinnige.ch

LAGE DER NATION ◊ Brief des Präsidenten an die Ortsparteien

An vielen Fronten gefragt

Noch während der Frühjahrssession hat Parteipräsident Nationalrat Franz Steinegger den Ortsparteien einen Brief zugesandt. Der «Freisinn» veröffentlicht ihn:

Sehr geehrte Damen und Herren
Liebe Parteifreunde

Im Frühjahr 1998 ist die FDP an vielen Fronten gefragt. Im Mittelpunkt des Medieninteresses steht die Bundesratswahl, die durch den bedauerlichen Rücktritt von FDP-Bundesrat Jean-Pascal Delamuraz notwendig geworden ist. Bereits beschäftigen uns die Volksabstimmungen vom 7. Juni 1998: Haushaltsziel 2001, Genverbots-Initiative und Initiative «Schweiz ohne Schnüffelstaat». Kurz vor Weihnachten hat die Interdepartementale Arbeitsgruppe Finanzierungsperspektiven der Sozialversicherungen II (IDA Fi So II) ihren Bericht der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Damit hängen auch

die Konsensgespräche zusammen, die zu einem Sanierungsprogramm 1998 führen sollen. Aussenpolitisch beschäftigen uns weiterhin die Schlussgespräche der bilateralen Verhandlungen und Forderungen aus den Vereinigten Staaten nach einem «Deal», der gewissermassen als Vergleich die Kritiker der Schweiz zum Verstummen

verpflichten soll, wenn die Schweiz dafür finanzielle Gegenleistungen erbringt.

Bundesratswahl: Gute Kandidaturen

Bundesrat Jean-Pascal Delamuraz hinterlässt eine grosse Lücke im Bundesrat. Bedauerlich sind die Umstände, die ihn zum Rücktritt gezwungen haben.

Die FDP hat nach der Rücktrittsankündigung sehr

rasch reagiert und das Prozedere für die Nachfolge festgelegt. Inzwischen haben die Kantonalparteien ihre Kandidaten nominiert, Geschäftsleitung und Delegiertenrat haben ihre Empfehlung abgegeben, die Fraktion nominiert. Gewählt wurde mit Pascal Couchepin einer der offiziellen Nominierten der FDP-Fraktion. Wir gratulieren ihm zur glanzvollen Wahl

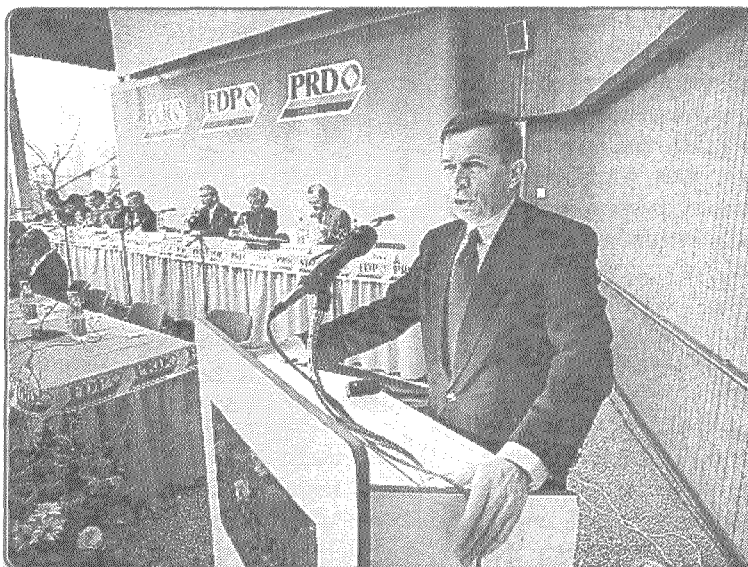
ganz herzlich und wünschen ihm für die kommende Aufgabe alles Gute und viel Kraft. Die im letzten Wahlgang unterlegene Nationalrätin Christiane Langenberger hat mit ihren engagierten Auftritten bewiesen, dass mit ihr in Zukunft zu rechnen ist. Jene, die an unserem Vorgehen lautstarke Kritik übten, haben entweder das Prozedere nicht begriffen oder wollen

sich selbst in den Medien profilieren. Wir sind der Überzeugung, dass wir sehr gute Kandidaten vorgeschlagen haben, und sehen uns durch die Bundesratswahl vom 11. März bestätigt.

Abstimmung vom 7. Juni 1998 – Entscheidung über Marschrichtung

Die eidgenössische Abstimmung vom 7. Juni verlangt von der schweizerischen Bevölkerung wegweisende Entscheide.

Die Genverbotsinitiative hat nicht nur für die chemische Industrie Signalwirkung. Millionen werden investiert, um die Bevölkerung in die eine oder andere Richtung zu überzeugen. Fundamentalistisch ausgerichtete Kreise wollen eine der Zukunftstechnologien verbieten. In einem Bereich der Spitzentechnologie, in dem die Schweiz bisher sehr gute Karten hat, soll die weitere Forschung unterbunden werden. Ein vernünftiges Vorantreiben der Biotechnologie wäre bei einer Annahme dieser Initiative in der Schweiz nicht mehr möglich. Die Gegner der Initiative – zu denen sich auch die FDP zählt – befürworten einen kontrollierten Gebrauch der Biotechnologie. Die Forschung lässt sich durch Verbote



FDP-Präsident Nationalrat Franz Steinegger: «Die eidgenössische Abstimmung vom 7. Juni 1998 verlangt von der Bevölkerung wegweisende Entscheide.» (Photo ruti)

Freie Strom-Wahl

STROM-FORUM 1/98

Die Schweizerische Elektrizitätswirtschaft will den Strommarkt im Zeitraum von 10 Jahren vollständig öffnen. Die verschiedenartigen Elektrizitätsunternehmen (Städtewerke, Gemeindewerke, Regional- und Überlandwerke) haben sich im Interesse der Stromkunden über das Vorgehen – insbesondere die Marktöffnungsschritte – geeinigt. Beginnen soll die Marktöffnung vorerst für Grosskunden mit einem Verbrauch von über 20 Mio. Kilowattstunden pro Jahr. Bereits nach 3 Jahren sollen alle Elektrizitätswerke schrittweise Marktzugang erhalten. Ziel ist, dass auch die kleinen und mittleren Betriebe sowie die Haushalte profitieren können.

Marktöffnung für alle Kunden als Ziel

Im Zeitraum von 10 Jahren sollen alle Kunden ihren Strom auf dem Markt kaufen können. Die Stromverteilung besorgt wie bisher das lokale Elektrizitätswerk (EW). Alle EW sollen nach dem 3. Jahr eigenständig am Markt auftreten können. Stufenweise wird ihr freier Marktanteil von 10% auf 50% erhöht, nach dem 10. Jahr auf 100%.

Stromnetz

Für den Transport von Strom für berechnete Kunden soll eine unabhängige, schweizerische Koordinationsstelle für den Zugang zum Stromnetz geschaffen werden. Das Höchstspannungsnetz betreiben wie heute die sechs Überlandwerke und das EW der Stadt Zürich. Für die Verteilung bleiben die lokalen EW Eigentümer ihres Stromnetzes und damit ver-

VERBAND SCHWEIZERISCHER ELEKTRIZITÄTWERKE, Postfach 6140, 8023 Zürich

Internet: <http://www.strom.ch>

nicht in den Griff bekommen. Sie weicht teilweise ins Unkontrollierbare, teilweise ins Ausland aus. Neues Wissen zu erwerben muss schrankenlos möglich sein. Regelungsbedürftig ist hingegen der Gebrauch dieses Wissens. Hier hat der Gesetzgeber die Schranken zu setzen. Genau dies wird mit Hilfe des Gen-Lex-Pakets geschehen. Die Schweiz entscheidet am 7. Juni nicht nur über die Auslagerung von Forschung und Entwicklung und von Produktionsarbeitsplätzen. Sie entscheidet über ein grundsätzliches Bekenntnis zum Wissenschafts- und Forschungsstandort Schweiz.

Die Entscheidung über das Haushaltsziel 2001 wird ebenso zur Standortfrage. Ein Staat, der finanzpolitische Stabilität ablehnt, kann für Investoren nicht attraktiv sein. Ein solcher Staat läuft Gefahr, seinen Handlungsspielraum zu verlieren, ein solcher Staat kommt in Versuchung, seine Schulden via eine übermässige Geldmengen- ausweitung – Folge: Inflation – abzubauen, ein solcher Staat verliert seine Glaubwürdigkeit. Die Umverteilung von Schulden in die Zukunft ist keine Alternative zu einem gesunden Staat. Kommende Genera-

tionen zahlen einen sehr hohen Preis für die Sorglosigkeit ihrer Eltern und Grosseltern.

Anhand des Haushaltsziels 2001 und der IDA-FiSo-Berichte wird die enge Verknüpfung von Sozial- und Finanzpolitik klar. Die Experten haben – für den Erhalt des Status quo der Sozialleistungen – einen zusätzlichen Finanzbedarf bis 2010 von rund fünfzehn Milliarden Franken jährlich errechnet – 15 000 000 000 Franken pro Jahr. Das sind etwas mehr als zweitausend Franken zusätzlich abzuliefernde Steuern oder Lohnprozente pro Einwohnerin und Einwohner, inklusive Kinder, Rentenbezüger, nicht Erwerbstätige und Ausländer. Wer will das noch bezahlen? Konkret bedeutet dies eine gigantische zusätzliche Umverteilung, die all jene bestraft, die nicht auf die eine oder andere Art am staatlichen Tropf hängen. Die freisinnige Position zu diesen Fragen wollen wir am Parteitag vom 17./18. April 1998 in Bern überprüfen und neu definieren.

Europa – Fehler nichtwiederholen

Die Delegiertenversammlung vom April 1995 hat den EU-Beitritt als länger-

fristiges strategisches Ziel der Europapolitik bezeichnet. Wir können den Berg aber nicht von oben besteigen. Heute stehen die bilateralen Verhandlungen zur Diskussion. Wenn ein erster Schritt nicht gelingt, müssen wir nicht vom Beitritt reden. Man sollte den Fehler nicht wiederholen, das langfristige Ziel in den Mittelpunkt der Diskussion zu stellen, um damit den ersten konkreten Schritt zu gefährden. Eine breit angelegte «virtuelle» Europadiskussion ist für die innenpolitische Durchsetzung der bilateralen Verhandlungen eher kontraproduktiv und auch aussenpolitisch kaum hilfreich. Die EU-Beitrittsprofilierungsübung der CVP ist kaum geeignet, die Zeit bis zu den Wahlen 1999 zu überbrücken. Wenn die bilateralen Verhandlungen erfolgreich sind, werden wir 1999 möglicherweise eine Referendumsabstimmung haben. Wenn die bilateralen Verhandlungen scheitern, rückt auch die Beitrittsdiskussion in die Ferne. Im Rahmen eines Beitritts sind nämlich die gleichen Fragen zu lösen. Somit steht die Zeit bis zu den Wahlen 1999 im Zeichen der bilateralen Verhandlungen und nicht der Beitrittsdiskussion.

«No deal»

Die Schweiz am USA-Pranger: Dieses Bild ist uns im Laufe des letzten Jahres leider sehr vertraut geworden. In der Öffentlichkeit – auch in der amerikanischen – ist das Interesse an der ganzen Frage etwas geschwunden. Seit Ende des letzten Jahres sieht sich die Schweiz allerdings mit Forderungen aus den Vereinigten Staaten konfrontiert, die im Kern die «definitive» Regelung der hängigen Klagen – der sogenannten «class action» – beabsichtigen. Zusätzlich soll jedoch eine umfassende Lösung («global settlement») für die allgemeinen Anwürfe aus den USA gefunden werden. Gemeint damit sind weitergehende Leistungen der Schweiz wie zum Beispiel: Beschleunigung der Untersuchungsarbeiten der Kommissionen Volcker und Bergier und eine Garantie für die Errichtung der Solidaritätsstiftung. Die USA würde im Gegenzug inskünftig auf verbale Angriffe gegen die Schweiz verzichten. Die Schweizer Behörden haben sich bisher gegenüber solchen Scheinlösungen ablehnend verhalten. Das ist richtig so: Wie soll der amerikanische Staat garantieren können, dass beispielsweise der World Jewish Congress (WJC) oder Senator

ZUM THEMA

Die Schweiz entscheidet am 7. Juni nicht nur über die Auslagerung von Forschung und Entwicklung und von Produktionsarbeitsplätzen. Sie entscheidet über ein grundsätzliches Bekenntnis zum Wissenschafts- und Forschungsstandort Schweiz.

Die Umverteilung von Schulden in die Zukunft ist keine Alternative zu einem gesunden Staat. Kommende Generationen zahlen einen sehr hohen Preis für die Sorglosigkeit ihrer Eltern und Grosseltern.

Eine breit angelegte «virtuelle» Europadiskussion ist für die innenpolitische Durchsetzung der bilateralen Verhandlungen eher kontraproduktiv und auch aussenpolitisch kaum hilfreich.

d'Amato die Schweiz nicht mehr zu diffamieren versuchen?

Ihr Franz Steinegger,
Nationalrat
Präsident
FDP der Schweiz

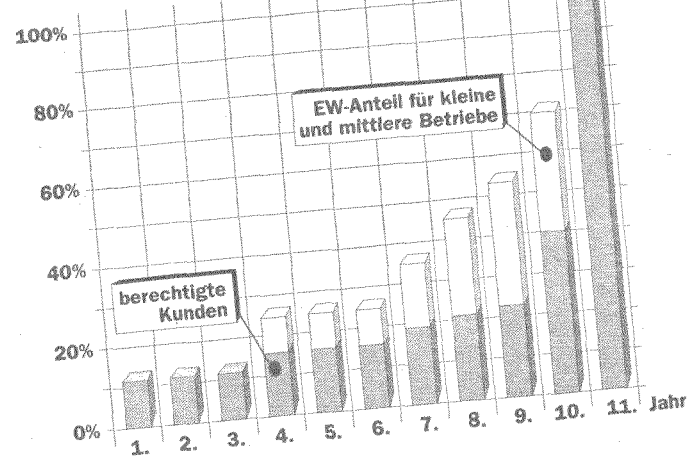
verantwortlich für die Grundversorgung. Preise und technische Bedingungen für die Durchleitung werden bekanntgegeben.


Verantwortungsvolle Lösung


Mit diesen Branchenvorschlägen kann die Marktöffnung in der Schweiz für grosse und kleine Kunden und für die Elektrizitätsunternehmen in vorhersehbaren Schritten verwirklicht werden.



Marktoffnungsanteile für Kunden und EW




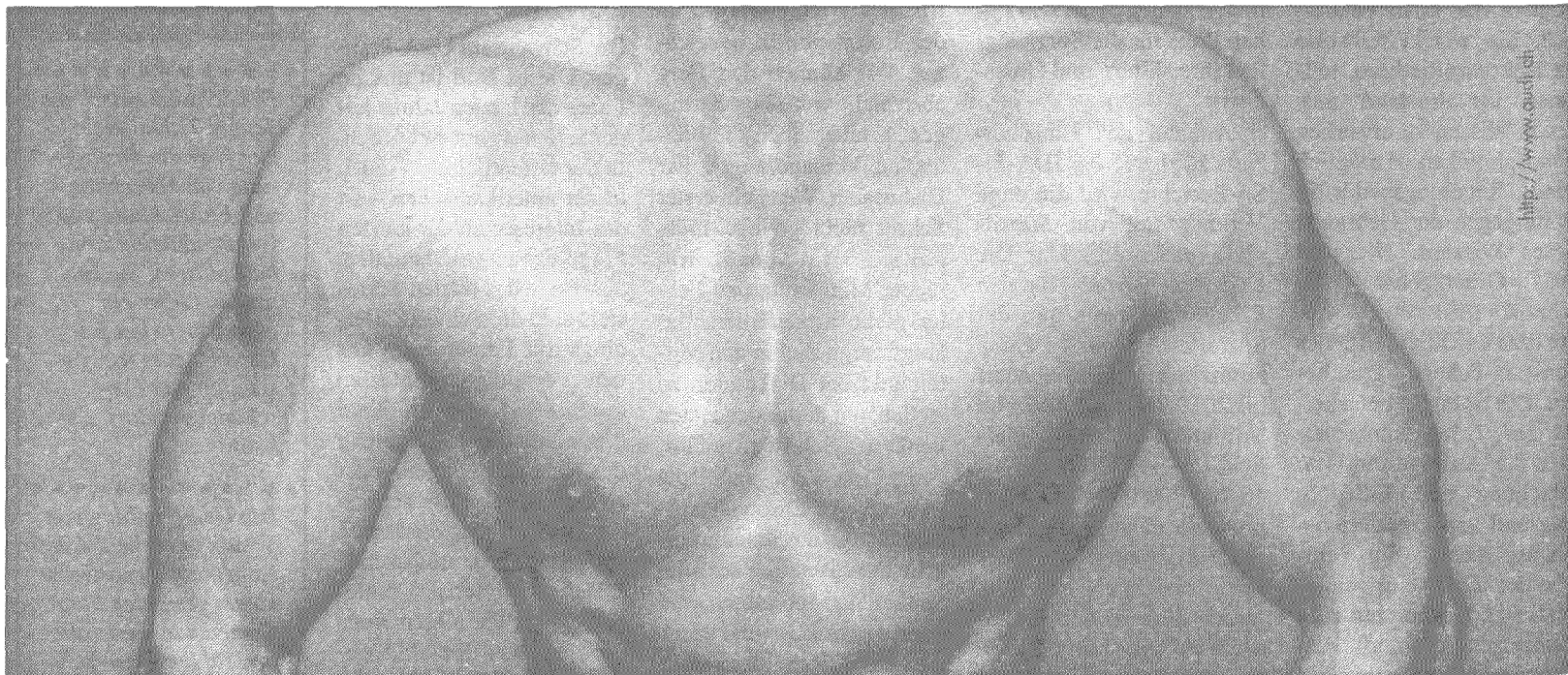
 **AMAG... news**
jedes Wochenende
auf SF2.
Mit Autowettbewerb.

 **AMAG-Leasing: Audi A3**
(ab Fr. 27 450.-):
Fr. 13.75/Tag, Fr. 417.50 mtl.
(48 Monate/10 000 km pro Jahr).

 **Totalmobil!**
Gratis-Mobilitäts-
versicherung

 **Auto
Profite**
Das Bonussystem.
Hotline: 0844 810 810

 **AMAG Import,**
5116 Schinznach-Bad,
und die Audi-Partner der
Schweiz/FL wünschen gute Fahrt.



<http://www.audi.ch>

**Verzichten Sie ruhig
auf Masse.**

Aber nicht auf Dynamik.

Audi A3.

Jetzt können Sie noch dynamischer auftreten: mit dem Audi A3 1.8 l Turbo 150 PS,
dem ersten Auto seiner Klasse mit Turbolader und Fünfventiltechnik.

Wenn Sie sparsam unterwegs sein wollen, ist der Audi 1,9 l TDI,
110 PS, mit nur 4,9 l Verbrauch auf 100 km erste Wahl.

Audi A3 in den Ausführungen Attraction, Ambition oder Ambiente ab Fr. 27 450.-.

Audi 
Vorsprung durch Technik.



7. JUNI 1998 ◉ Nein zur Genverbotsinitiative

Hoffnungen zerstören?

Der Einsatz der Gentechnologie in Medizin, Forschung, Industrie und Landwirtschaft wird immer bedeutungsvoller. Nicht alle trauen ihr; denn wie jede neue Technik, birgt sie grosse Chancen für das Wohl der Allgemeinheit, aber auch Risiken. Für viele schwerkranke Patienten mit Krebs, multiple Sklerose und Alzheimer bringt sie berechnete Hoffnung auf Linderung ihres Leidens. Dennoch, im Umgang mit der Gentechnologie darf man nicht alles tun, was man tun könnte. Die Genschutzinitiative fordert nun zusätzliche fundamentale Verbote. Diese würden viele Fortschritte der Medizin verunmöglichen, Hoffnungen zerstören und Tausende von Arbeitsplätzen vernichten. Deshalb braucht es am 7. Juni ein überzeugtes Nein zur Gen-Initiative!

FDP-NATIONALRÄTIN
CHRISTINE EGERSZEGI-
OBRIST, MELLINGEN
(AG)



FDP-Nationalrätin Christine Egerszegi: «Die Annahme dieser Initiative wäre eine Katastrophe für den Forschungsplatz Schweiz.» (Photo ruti)

Die Diskussion um die Gentechnologie ist in der Schweiz nicht neu. Sie begann, als die kleine Louise Brown in England als erster Mensch ausserhalb des Mutterleibes gezeugt wurde. Angst vor Missbrauch dieser neuen Technologie führte 1992 zum Art. 24^{novies} in der heutigen Bundesverfassung, der heisst:

«DER MENSCH UND SEINE UMWELT SIND GEGEN MISSBRÄUCHE DER FORTPFLANZUNGSMEDIZIN UND GENTECHNOLOGIE GESCHÜTZT.»

Dieser Verfassungsartikel verlangt umfassende Gesetzesvorschriften für den Umgang mit menschlichem Keim- und Erbgut, um den Schutz der Menschenwürde, der Persönlichkeit und Familie zu wahren. Er verbietet das Klonen von Menschen, den Handel mit Keimgut und Embryonen und die Leihmutterchaft. Ausserdem fordert er Vorschriften für den Umgang mit Tieren und Pflanzen. Die Würde der Kreatur und die Sicherheit von Mensch, Tier und Umwelt sind zu gewährleisten.

Wir haben also den Umgang mit der Gentechnologie bereits genügend in der Verfassung verankert. Dieser Auftrag wird nun Schritt für Schritt umgesetzt, zum Beispiel:

■ Das neue Fortpflanzungsmedizinengesetz regelt die Befruchtung ausserhalb des Mutterleibes. Es verbietet das Klonen und die Leihmutterchaft.

■ Laut der neuen, sehr strengen Lebensmittelverordnung müssen alle gentechnisch veränderten Lebensmittel geprüft, bewilligt und mit der Bezeichnung GVO deklariert werden, um eine Wahlfreiheit für die Konsumentinnen und Konsumenten zu garantieren. Ihre Sicherheit hat oberste Priorität.

■ Das neue Umweltschutzgesetz enthält eine strikte

Melde- und Bewilligungspflicht für alle Freisetzungsversuche von gentechnisch veränderten Pflanzen.

Was verlangt die Genschutzinitiative

Die Initianten sehen in der Gentechnologie nur Möglichkeiten des Missbrauchs und Gefahren, nicht auch des Nutzens und fordern fundamentale Verbote:

■ Sie verbietet uneingeschränkt die Erzeugung gentechnisch veränderter Tiere. Damit wäre es nicht mehr möglich, Krankheitsmodelle an Tieren zu studieren, um die Krankheitserreger zu finden und nötige Therapien zu erforschen (betreffen würde es zurzeit etwa die Brustkrebsmaus, Aids-Maus oder Alzheimermaus). Da die Wirkung

neuer Heilmittel an Mäusen ausprobiert wird, wäre auch die Entwicklung der meisten neuen Medikamente gefährdet.

■ Sie verbietet die Freisetzung gentechnisch veränderter Pflanzen und Tiere. Das würde die Landwirtschaft treffen (z. B. gentechnisch hergestellter Impfstoff in Tieren) und den Umweltschutz (Aussetzen von veränderten Pflanzen, die weniger Spritzmittel brauchen, weil sie gegen gewisse Schädlinge resistent sind).

■ Sie verbietet die Erteilung von Patenten für gentechnisch veränderte Pflanzen und Tiere. Dabei wird übersehen, dass Natur selber nicht patentiert werden darf. Bei der Krebsmaus wird nicht die Maus patentiert, sondern der technische Vorgang, wie dieses Brustkrebsgen in diese Maus gekommen ist.

■ Sie verlangt, dass bei Forschungsversuchen der Nachweis des Nutzens und des Fehlens anderer Methoden erbracht wird. Damit würden drei Viertel der Grundlagenforschung an unseren Hochschulen verunmöglicht.

Das Ziel der Initianten ist klar: Verunmöglichung der Gentechnologie in der Schweiz. Damit würden Schlüsselbereiche verboten und Massnahmen ergriffen, die kein anderes Land in vergleichbarem Ausmass kennt.

Bedeutung für die Zukunft unseres Landes

Die Schweiz hat keine Bodenschätze. Unser Wohlstand gründet auf guten Köpfen und Händen, die zupacken. Unser kleines Land wird weltweit benie-

den um seine Spitzenstellung in biomedizinischen Forschungsbereichen, mit Nobelpreisträgern wie Arber und Zinkernagel. Die Annahme dieser Initiative wäre eine Katastrophe für den Forschungsplatz Schweiz, denn rund 70 Prozent der laufenden Genforschungsprojekte an unseren Hochschulen und in der Industrie wären danach direkt verboten oder gefährdet. Zu einem überwiegenden Teil geht es dabei um medizinische und pharmazeutische Grundlagenforschung.

Die Gentechnologie ist wie die Mikroelektronik oder Kommunikationstechnologie eine der Schlüsseltechnologien der Zukunft. Die Arbeitslosigkeit ist eine unserer grössten Herausforderungen und es wäre unverantwortbar, diesen ganzen Forschungs- und Wirtschaftszweig unseren Nachbarländern abzutreten, die keine solche Verbote kennen.

Die Gentechnologie ist für die Zukunft unseres Landes von grosser Bedeutung:

- Für die Hoffnung der Kranken auf die Fortschritte der Medizin
- Für die Stärkung unseres Forschungsplatzes Schweiz
- Für die Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen

Deshalb gilt für mich: Kontrolle – ja, aber keine fundamentalen Verbote! Deshalb Nein zur Genverbotsinitiative!

Garten- und Landschaftsarchitekten, Erdbauingenieure

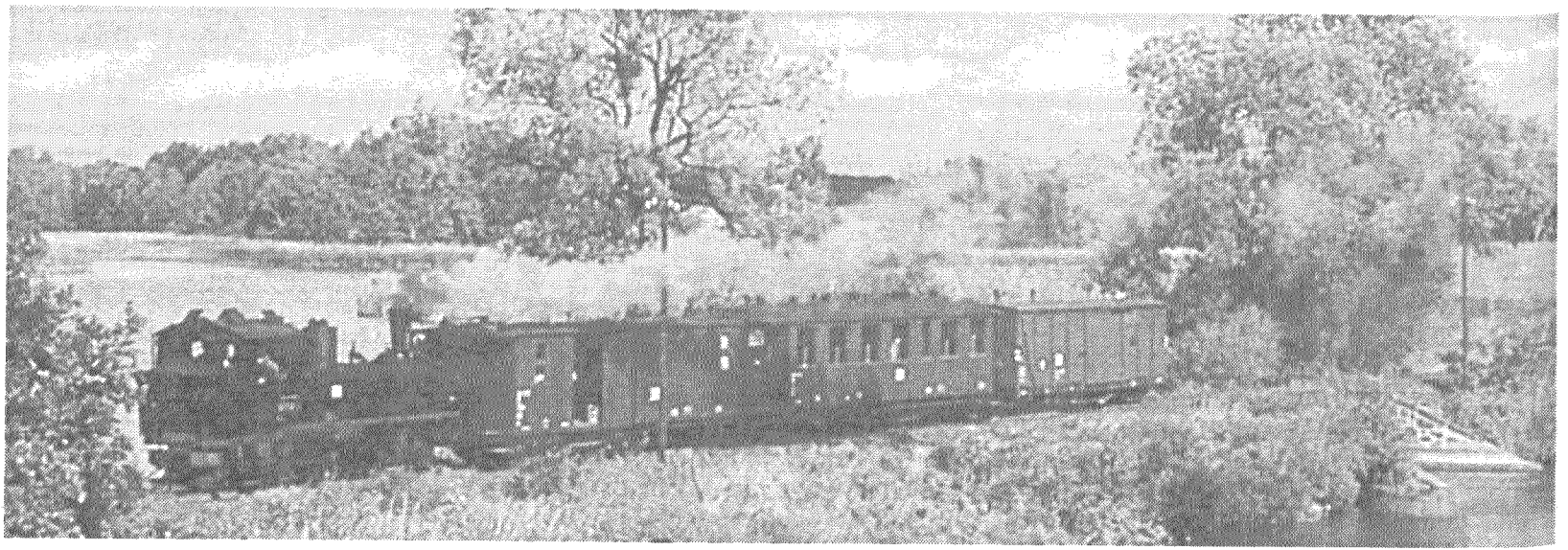
100 Jahre Erfahrung, Dynamik, Tradition

Ein Jahrhundert für unsere Umwelt

Spross

Wir planen, bauen, sanieren und pflegen auch Ihren Garten für Ihre sympathische Umwelt

Spross Ga-La-Bau AG Zürich
Garten- und Landschaftsbau 01-4 62 62 62



Dampf-Schmalspurbahnen in Sachsen

17.-22. Mai 1998

6 Tage inklusiv
Halbpension ab
Fr. 875.-

Zu Ende dieses Jahrhunderts, wo täglich Millionen von Reisenden in modern ausgestatteten Eurocity-Zügen das bald grenzenlose Europa durchqueren und Hochgeschwindigkeitszüge den Flugzeugen Konkurrenz machen, scheint es beinahe anachronistisch, dass immer mehr Menschen ihr Interesse an der dampfenden und fauchenden Grossvatergeneration heutiger Schienenfahrzeuge entdecken. An vielen Orten Sachsens haben sich Eisenbahnenthusiasten zusammengefunden, um die noch vorhandenen Schmalspurstrecken und die dazugehörigen Loks und Wagen zu erhalten, zu pflegen, teilweise wieder herzurichten und ihnen einen neuen touristischen und technikgeschichtlichen Inhalt zu geben. Auf dieser Reise werden wir 5 von den heute noch 10 in Betrieb stehenden Schmalspurstrecken befahren. Gleichzeitig erleben wir die landschaftliche Schönheit Sachsens und lernen ihre Zeugnisse einer einmaligen Kunst- und Kulturgeschichte kennen.

Reiseprogramm

1. Tag: Schweiz-Dresden: Hinfahrt via St. Margrethen-Ulm-Nürnberg Bayreuth-Hof-Chemnitz zur Elbmetropole Dresden.

2. Tag: Dresden und Schmalspurstrecke Oschatz-Kemmlitz: Perlen sächsischer und italienischer Barockbaukunst prägen das historische Zentrum der Stadt. Auf einer geführten Stadtrundfahrt lernen wir die wichtigsten Sehenswürdigkeiten näher kennen. Nach der Mittagspause Fahrt zum mittelalterlichen Städtchen Oschatz mit Resten alter Wehranlagen. Fahrt mit der Dampf-Schmalspurbahn über Mügeln nach Kemmlitz (17,1 km; Dauer ca. 1½ Stunden). Die Bahn beginnt in Oschatz an der Hauptstrecke von Leipzig nach Dresden, geht durch die Stadt Oschatz, überquert die Döllnitz, deren Lauf sie flussaufwärts folgt. In Altoschatz wechselt die Landschaft; es geht fortan durch Gärten, Wiesen und an Gehöften vorbei bis zum ehemaligen Kreuzungsbahnhof Naundorf, und bald kommt schon Mügeln in Sicht. Mügeln zählte ab 1927 zu den grössten Schmalspurbahnhöfen Europas! Durch das von Feldern umsäumte Döllnitztal geht die Strecke weiter bis Kemmlitz. Anschliessend zurück mit dem Bus nach Dresden.

3. Tag: Schmalspurstrecke Freital-Kipsdorf und Königstein: Kurze Busfahrt bis Freital und weiter mit der Dampfschmalspurbahn bis zum Kurort Kipsdorf im Osterzgebirge. Die als Weisseritztalbahn bekannte Schmalspurbahn ist die älteste der noch im Personenverkehr eingesetzten 750-mm-Bahnen in Sachsen. Ihre Gesamtstrecke mit einer Länge von 26,3 km wurde 1883 in Betrieb genommen. Von Freital-Heinsberg führt die reizvolle Route

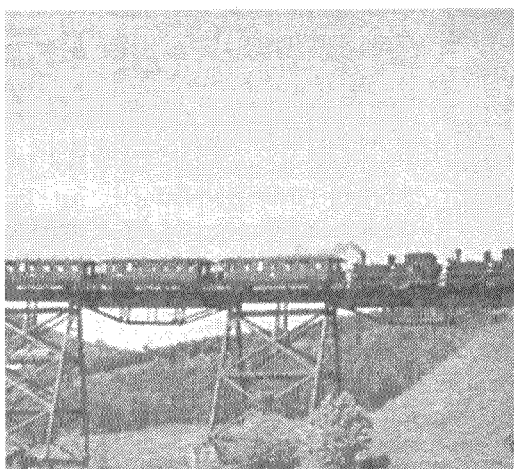
der Bahn im Tal der «Roten Weisseritz» durch den Rabenauer Grund und den Spechtritzgrund bis zur Talsperre Malter. Von dort aus verkehrt sie über Dippoldiswalde bis zum Endbahnhof Kurort Kipsdorf. Dabei werden 40 Brücken passiert und ein Höhenunterschied von 351 m überwunden. Die Reisezeit beträgt ca. 1½ Stunden. Um 10.00 Uhr Ankunft im Kurort Kipsdorf und weiter im Car auf aussichtsreicher Strecke zur Festung Königstein mit einzigartiger Rundschau über die Sächsische Schweiz. Nach einem geführten Rundgang erwartet uns eine unvergessliche Schifffahrt auf der Elbe bis nach Pirna und weiter im Car zurück nach Dresden.

4. Tag: Meissen/Moritzburg und Schmalspurstrecke Radeburg-Radebeul: Nach dem Frühstück Fahrt zum über tausendjährigen Meissen. Der Dom und die Albrechtsburg aus der Residenzzeit von Kurfürst Ernst und Herzog Albrecht sind die Dominanten im Stadtbild. Meissens Klang in der Welt aber wurde nicht so sehr von seiner Architektur, als



vielmehr von seinem Porzellan geprägt. Führung durch die weltberühmte Porzellanmanufaktur. In der Schauwerkstatt können wir den Formern und Malern bei der Arbeit zusehen. In der Schauhalle sind herrliche Meisterstücke zu bewundern. Nach der Mittagspause Fahrt durch den Friedewald mit kurzem Besichtigungshalt beim Schloss Moritzburg (keine Innenbesichtigung), welches ursprünglich als Jagdschloss diente. Das imposante Barockschloss genießt den Ruf, eines der schönsten Wasserschlösser Europas zu sein. Im benachbarten Radeburg steigen wir in die Dampfschmalspurbahn «Lösnitzdackel» um und erleben eine unvergessliche Fahrt durch die Weinberge des Elbtals. Diese Strecke des von der Sächsischen Staatsbahn gebauten 750-mm-Schmalspurnetzes ist mit einer Länge von 16,5 km seit 1884 in Betrieb. Bei dieser einstündigen Fahrt werden 17 Brücken passiert. In Radebeul steigen wir in den Bus um und fahren zurück zu unserem Hotel in Dresden.

5. Tag: Erzgebirge und Schmalspurstrecke Jöhnsstadt-Jöhnsstadt & Cranzahl-Oberwiesenthal: Nach dem Frühstück verlassen wir Dresden und fahren via Freiberg – auf landschaftlich reizvoller Strecke durch das Erzgebirge nach Jöhnsstadt. Nach einem kurzen Rundgang durch den Museumsbahnhof mit Lokomotivschuppen steigen wir in die Pressnitz-



talbahn um und fahren bis zum Haltepunkt Follenhof, wo wir in idyllischer Umgebung unsere Mittagspause verbringen. Am Nachmittag wieder zurück nach Jöhnsstadt und weiter im Car via Annaberg-Buchholz (Besichtigungshalt) nach Cranzahl. Hier erwartet uns unsere letzte Fahrt mit der Dampfschmalspurbahn bis zum Kurort Oberwiesenthal. Die 1897 in Betrieb genommene Bahn mit einer Streckenlänge von 17,3 km trug um die Jahrhundertwende in hohem Masse zur Entwicklung des Fremdenverkehrs um Oberwiesenthal bei. Bis heute ist die Region ein beliebtes, vor allem wegen seiner Schneesicherheit geschätztes Ausflugsgebiet geblieben. Vom Bahnhof Cranzahl führt die Schmalspurbahn in 55 Minuten über Neudorf durch das Tal der Sehna, ab Niederschlag durch das Pöhlbachtal zum 894 m ü. M. gelegenen Endbahnhof Oberwiesenthal am Fusse des Fichtelberges. Auf dieser Strecke, die einen Höhenunterschied von 238 m bewältigt, überquert die Bahn vor Oberwiesenthal einen Viadukt von 110 m Länge und 23 m Höhe. In Oberwiesenthal angekommen beziehen wir unsere Hotelzimmer für die letzte Übernachtung.

6. Tag: Oberwiesenthal-Schweiz: Erfüllt mit neuen Eindrücken treten wir heute die Heimreise in die Schweiz an. Fahrt via Nürnberg-Ulm zurück in die Schweiz zu den Einsteigeorten.

Preise pro Person

6 Tage inkl. Halbpension	Fr. 875.-
Einzelzimmerzuschlag	Fr. 125.-
Annulationsschutz oblig.	Fr. 20.-

Unsere Hotels

Wir wohnen für 4 Nächte im Erstklasshotel Elbflorenz in Dresden, an zentraler aber doch ruhiger Lage, wenige Minuten vom Zwinger und der Semper Oper entfernt. Letzte Übernachtung im Hotel Rosenberger im bekannten Kurort Oberwiesenthal im Erzgebirge.

Leistungen

- Fahrt mit modernem klimatisierten Fernreisebus der Firma Twerenbold
- 5 Übernachtungen in Erstklasshotels inkl. Halbpension (Abendessen und Frühstücksbuffet)
- Alle Zimmer mit Dusche oder Bad und WC
- Alle aufgeführten Ausflüge
- geführte Stadtrundfahrt in Dresden
- 5 Fahrten mit Dampfschmalspurbahn gemäss Programm
- Besichtigung Festung Königstein
- Elbschiffahrt
- Eintritt Porzellanmanufaktur Meissen
- Erfahrener Chauffeur/Reiseleiter

Abfahrtsorte

07.00 Basel
08.00 Baden-Rütihof
06.30 Luzern
07.15 Zug
08.30 Zürich
09.00 Winterthur
10.15 St. Gallen



Anmelde-Talon «Dampf-Schmalspurbahnen in Sachsen» 17.-22. Mai 1998

Damit alle gut fahren, seit 1895.

TWERENBOLD

Ich/wir melde(n) folgende Personen zur «FDP»-Leserreise an (die Preise verstehen sich pro Person und inkl. 6,5% MwSt)

- Doppelzimmer Fr. 875.- Fr. 20.- Annulationsschutz obligatorisch
 Einzelzimmer Fr. 1000.- (ausser wenn eigene vorhanden)

Name: _____ Vorname: _____ Strasse: _____
 1. _____
 2. _____ PLZ/Ort: _____
 3. _____
 4. _____ Telefon: _____ (tagsüber erreichbar)
 Einsteigeort: _____
 Datum: _____ Unterschrift: _____

Ausschneiden und einsenden an: Twerenbold Reisen AG, Postfach, 5406 Baden-Rütihof
 Telefon (056) 493 02 00

Stärkere Führungsrolle

«Mehr Frauenanliegen, mehr Führungsrolle, eindeutige Abgrenzungen zu anderen bürgerlichen Parteien, mehr Selbständigkeit, mehr Kontakte mit anderen Frauengruppierungen» – dies sind die häufigsten Wünsche an die FDP-Frauen Schweiz, welche mittels einer Umfrage bei den Präsidentinnen ermittelt worden sind.

Die Frauen wollen – so eine mögliche Schlussfolgerung – von einer Organisation vertreten werden, die von der Mutterpartei und anderen Gruppierungen als gleichwertiger Partner anerkannt wird. Die Umfrage hat aber auch in anderen Bereichen interessante und ernstzunehmende Forderungen der Frauen an die Strukturen innerhalb der Partei und in der Gesellschaft zutage gefördert.

Bei der Frage, in welchen Politthemen sich die FDP-Frauen Schweiz besonders engagieren sollen, dominieren nach wie vor

die typischen Frauenthemmen: Koordination von Beruf und Familie, fehlende Infrastruktur, welche die Berufstätigkeit ermöglichen würde (Blockzeiten, Mittagstisch, Tagesschulen, aber auch Teilzeitstellen und Ermöglichung des Wiedereinstiegs). «Einsatz für moderne Frauen, welche Beruf und Familie unter einen Hut bringen» und «mehr Druck auf die veralteten (Herren-)Strukturen» sind Aussagen, die an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig lassen.

Bei der Umfrage der FDP-Frauen Schweiz ging

es teilweise auch um eine rein statistische Erhebung (Altersstruktur, Tätigkeiten usw. der Mitglieder). In diesem Zusammenhang hat die Umfrage eine wichtige Erfahrung bestätigt, nämlich die bereits legendäre Mehrfachbelastung der Frauen. Alle möglichen Kombinationen von Familie, Beruf, ehrenamtlicher und politischer Tätigkeit sind fast bei der Hälfte der teilnehmenden Frauen gegeben.

Der Vorstand der FDP-Frauen Schweiz wird die zahlreichen Daten und Hinweise in seine politische Arbeit einfließen lassen. Insbesondere soll die Erhebung auch dazu dienen, in der Mitgliederwerbung und damit der breiteren geographischen Abstützung einen Schritt weiterzukommen.

Herzliche Gratulation

Sechsmal haben Frauen in den letzten zwanzig Jahren erfolglos versucht, in die Glarner Regierung zu gelangen. Nun ist Marianne Dürst-Kundert von der FDP mit einem Glanzresultat zur ersten Glarner Regierungsrätin gewählt worden.

Herzliche Gratulation!

Präsidentinnenwechsel in Thun und im Thurgau

Bei der Frauengruppe Thun hat Franziska Streun das Präsidentinnenamt Elsbeth Feissli-Umhang, Thun, übergeben.

Im Thurgau wechselte das Präsidium der Freisinnigen Frauen von Katharina Zellweger zu Erika Maag, Nussbaumen. Die Leiterin des Finanz- und Rechnungswesens in einer Thurgauer Klinik und dreifache Mutter ist 1985 in die FDP-Ortspartei Nussbaumen eingetreten. Von daher stammt auch ihre Einschät-

zung, dass über die FDP-Frauen Thurgau mehr Frauen anzusprechen sind als über die herkömmlichen Ortsparteien. Die Parteizugehörigkeit ist bei den Thurgauer FDP-Frauen nicht zwingend und wird daher von vielen als Vorteil betrachtet. Ihre Hauptaufgabe sieht Erika Maag darin, den Frauen innerhalb der Partei die nötige Unterstützung bei der Übernahme eines politischen Amtes zu gewähren.

Präsidentinnenkonferenz im Herbst

Donnerstag, 10. September 1998, 14.15 Uhr, Bern

Voranzeige

Einladung zur

Ordentlichen Delegiertenversammlung der FDP-Frauen Schweiz

Samstag, 16. Mai 1998, 10.15 Uhr, Hotel Kreuz, Bern

Mutterschaftsversicherung – Flop oder Top?

Neben den statutarischen Traktanden steht die Mutterschaftsversicherung im Mittelpunkt des Anlasses. Dieses politisch anspruchsvolle und brisante Thema wird konträrktonisch behandelt. Als Referentinnen haben Frau Nationalrätin Christine Egerszegi (AG) und Frau Nationalrätin Lili Nabholz (ZH) zugesagt.

Bitte diesen wichtigen Termin vormerken. Die Einladungen werden den Präsidentinnen rechtzeitig zugestellt. Die Teilnahme ist allen interessierten Frauen möglich.

Bitte erkundigen Sie sich bei den Präsidentinnen Ihrer Frauengruppe oder fordern Sie ein Programm bei Frau Rita Bernoulli, Leisibühl 25, 8044 Gockhausen, Telefon und Fax (01) 822 00 83, an.

FDP-Foulard

Das neue Foulard ist weiterhin erhältlich. Wie die bisherigen besteht es aus 100 Prozent reiner Seide, Satin Crêpe, ist 90x90 Zentimeter gross und natürlich in den Farben Rot/Blau/Weiss/Schwarz gehalten.



Talon

Ich bestelle: _____ Stück FDP-Foulard zu Fr. 50.-

Name: _____ Vorname: _____

Adresse: _____

PLZ/Wohnort: _____

Datum: _____ Unterschrift: _____

Bitte einsenden an: FDP der Schweiz, Werbeabteilung, Postfach 6136, 3001 Bern, Fax (031) 320 35 00.

FREISINN-WETTBEWERB  Die Gewinner

Das stimmt sie nachdenklich

Im letzten «Freisinn» haben wir Sie gefragt, was denn die Geschäftsleitung der FDP Schweiz so nachdenklich stimme. Der «Freisinn» präsentiert die Gewinner und die besten Sprüche des Wettbewerbs.

GUS. In der März-Ausgabe des «Freisinn» wurden Sie angesprochen mit der Frage, was denn der Grund für die Betretenheit der Ge-

schäftsleitung der FDP Schweiz angesichts der Konfrontation durch FDP-Generalsekretär Johannes Matyassy sein könne. Eine grosse Anzahl von Leserinnen und Lesern hat uns geantwortet, die besten Antworten werden im folgenden präsentiert:

Die zwei Hauptpreise, nämlich ein FDP-Portefeuille und ein FDP-Fouillard, gingen an: Herrn Rudolf Rust in Solothurn für

«Warum hat Ihr Vreni Spoerry nicht rechtzeitig in die Romandie gezü-
gelt??»

und an Frau Elsbeth Stauffer in Ennetbaden für

«Den faulen Mikrophon-
trick macht Ihr mir aber
nie wieder!»

Allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern ganz herlichen Dank fürs Mitmachen, der Gewinnerin und dem Gewinner herzliche Gratulation!

Der Freisinn im Formhoch

Die letzten kantonalen Wahlen brachten aus freisinniger Sicht einigen Erfolg: So gewann die FDP im Kanton Glarus einen dritten Sitz, und im Waadtland kehrte die bürgerliche «Entente» mit Erfolg zurück.

GUS. Marianne Dürst-Kundert, die offizielle Kandidatin der Glarner FDP, wurde auf Anhieb mit einem Glanzresultat (3. Platz) in die Regierung gewählt. Nicht minder erfolgreich war auch der «wilde» Kandidat Pankraz Freitag, der von der FDP nicht aufgestellt worden war, aber trotzdem auf den 6. Platz neu in die Regierung gewählt wurde und der SP einen Sitz abringen konnte. Die FDP Schweiz gratuliert herzlich!

Nun gilt es auch den zweiten Teil der Glarner Wahlen zu gewinnen: Den FDP-Ständeratssitz, der durch den Rücktritt von Ständerat Kaspar Rhyner frei wird. Für diese Ersatzwahl wurde ein zweiter Wahlgang notwendig.

**Waadt:
Die zwei Freisinnigen
im ersten Wahlgang**

Die Staatsratswahlen im Kanton Waadt wurden für dessen zwei FDP-Mitglieder, die Bisherigen Jacqueline Maurer und Charles Favre schon im ersten Wahlgang entschieden: Sie überschritten das absolute Mehr. Im zweiten Wahlgang vom letzten Wochenende wurde die bürgerliche Mehrheit im Staatsrat auf fünf Mitglieder (2 FDP, 2 LPS, 1 SVP) ausgebaut und die Linke zurückgebunden.

**Nidwalden:
Gehalten**

Die Liberale Partei Nidwalden (LPN), wie die Freisinnigen in Nidwalden heissen, konnten ihren Wähleranteil bei den Landratswahlen um ein halbes Prozent auf 36,8 Prozent steigern, was eine Sitzzahl von weiterhin 21 Landräten ergab. Bei den Regierungsratswahlen (Sitzzahlreduktion von 9 auf 7) eroberten die Liberalen zwei Sitze. Gewählt wurden Werner Keller und Beat Fuchs.

**Uri:
Freisinniger
Landammann**

Im Kanton Uri schliesslich wurde der Freisinnige Peter Mattli mit einem sehr guten Resultat zum Landammann gewählt. Die Amtsdauer beträgt zwei Jahre.



Endlich wissen wir, worauf die betretenen Gesichter zurückzuführen sind. (Photo rufi)

Marathon-Politiker/-in

GUS. Ein Teil der sportlichen FDP-Fraktionsmitglieder nimmt neben dem schweizerisch-englischen Parlamentarier-Skirennen auch am Engadiner Marathon teil... und ist auch dort sehr erfolgreich. Der «Freisinn» hat die Rangliste nach FDP-Parlamentarier/-innen durchsucht und ist dabei auf folgende Namen gestossen (ohne Anspruch auf Vollständigkeit und Richtigkeit): Nationalrats-Vizepräsidentin Trix Heberlein (ZH) erlief sich bei den Damen den 456. Rang mit einer Zeit von 2 Stunden 25 Minuten, Duri Bezzola (GR) wurde bei den Herren 499. mit der hervorragenden Zeit von 1 Stunde 41 Minuten, Johannes Randegger (BS) landete mit 2 Stunden 25 Minuten auf Rang 4701.

TERMINE

April

- 27.-30. Sondersession
- 16. Sekretärenkonferenz / Geschäftsleitung
- 17. Fraktionssitzung / Delegiertenrat
- 18. Fraktionssitzung
- 17./18. Ordentliche Delegiertenversammlung (Bern)
- 21. Presseverband

Mai

- 15. Von-Wattenwyl-Gespräch
- 29. Vorsektionale Fraktionssitzung

Juni

- 8.-26. Sommersession
- 7. Eidgenössische Abstimmung
- 11. Geschäftsleitung
- 17. Fraktionsausflug

Juli

- 7. Generalversammlung Presseverband (ganzer Tag)

Der König tritt ab – es lebe der König!

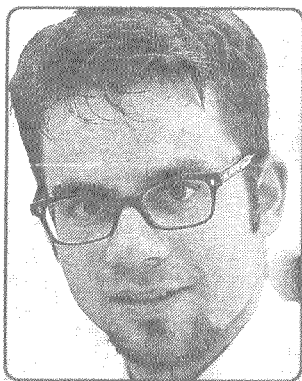


Karikatur Andreas Töns

KINDERRENTE ◉ Politik auf Kosten der Kinder?

Durchsichtig

Die Veröffentlichung einer «Untersuchung» des Büros für arbeits- und sozialpolitische Studien (Bass) über die Kosten der Kindererziehung hat zur Forderung nach einer Kinderrente geführt. Dieses Anliegen liegt derart quer in der politischen Landschaft, dass die Frage nach dem Sinn dieser Studie laut wird. Bei genauerem Hinsehen entlarvt sie sich als politisches Begleitmanöver zur Einführung der Mutterschaftsversicherung.



Guido Schommer

FDP-PRESSECHIEF
GUIDO SCHOMMER

Wir reiben uns die Augen: 820 000 Franken koste ein Kind seine Eltern bis zum 20. Altersjahr. Dies jedenfalls behauptet die kürzlich veröffentlichte Studie «Kinder, Zeit und Geld» des Bass. Berücksichtigt ist dabei allerdings auch der fiktive Lohnausfall durch aufgewendete Zeit für die Kinderbetreuung. Was ist aus liberaler Sicht dazu zu sagen?

Wert von Kindern ist nicht quantifizierbar

Ausgesprochen degoutant ist die Reduktion der Kinder und der Kindererziehung auf die rein ökonomi-

sche Ebene. Kinder werden in der Studie als Kostenfaktoren und -verursacher dargestellt.

Unsere persönliche Lebenserfahrung sagt uns, dass das Zusammensein mit Kindern, sei es als Eltern, Grosseltern, Geschwister oder auch im ausserfamiliären Bereich, im besten Sinn, bereichernd ist und zur eigenen Lebensqualität beiträgt. Paare, die sich zur Gründung einer Familie mit Kindern entschliessen, tun dies eher aus emotionalen denn aus ökonomischen Überlegungen.

Es ist deshalb völlig vermessen zu glauben, eine Kinderrente (über deren Höhe auch schon spekuliert

wird: 600 Franken für das erste, je 300 Franken für die weiteren Kinder pro Monat) würde das demographische Problem der Schweiz lösen. Kommt hinzu, dass auch in der rein ökonomischen Betrachtungsweise der Studie ein Teil der Investitionen in die Jugend ausgeblendet wurde: Der Staat gibt durch vielfältige Aufwendungen im Bildungsbereich einige Milliarden Franken jährlich für Kinder und Jugendliche aus.

Mutterschaftsversicherung als Türöffner

Der Zeitpunkt der Veröffentlichung der Studie lässt

aufhorchen: Die Diskussionen um die Einführung einer Wöchnerinnenversicherung – denn nichts anderes ist die als «Mutterschaftsversicherung» getarnte Vorlage – wird gegenwärtig in den parlamentarischen Kommissionen behandelt.

Es erstaunt deshalb wenig, wenn durch überrasene Forderungen nach einer Kinderrente – im Giesskannenprinzip für alle Familien mit Kindern – das Projekt «Mutterschaftsversicherung (MSV)» in ein gemässigttes Licht gerückt werden soll. Dies zeigt auch auf, wozu die MSV dienen könnte: Als Türöffner für eine breit angelegte und mit nicht vorhandenen Bundesgeldern gut gepolsterte Familienpolitik dreifusschen Zuschnitts. Hier regt sich das liberale Prinzip der Selbstverantwortung in uns.

Verantwortung nicht delegieren

Die FDP wehrt sich dagegen, dass mehr und mehr Teile unserer privaten Verantwortung – und die Kindererziehung ist eine solche – dem Staat abgetreten werden.

Zur Mutterschaftsversicherung folgendes: Unser Grundsatz muss sein, dass keine Mutter Not leiden

muss, weil sie ein Kind zur Welt bringt. Dazu braucht es die Lohnfortzahlung für die acht Wochen während der Zeit des Arbeitsverbots. Diese ist, wo nötig, durch Mutterschaftsbeihilfen auf kantonaler Ebene und auf Grund individuellen Bedarfs zu ergänzen. In den meisten Kantonen sind solche Beihilfen in Kraft befindlich oder beschlossen.

Durch die breite Streuung neuer Zahlungen wie die Kinderrente aus den bereits arg gebeutelten Sozialversicherungen oder der allgemeinen Bundeskasse werden die gut gemeinten Ziele einer Familienpolitik à la EDI nicht erreicht. Im Gegenteil: Neue Giesskannenbeiträge erhöhen den Schuldenberg, den genau diese Kinder dereinst abbauen müssen.

Hier hat die Wertediskussion einzusetzen: Was heisst Verantwortung im Zusammenhang einer nachhaltigen Familienpolitik? ■

Die Grossen des Welthandels

Wf. Die USA sind weiterhin die grösste Handelsnation. 1996 stammten 11,8% der weltweiten Exporte aus den Vereinigten Staaten. Dahinter folgen Deutschland mit 9,9% und Japan mit 7,8%. Mit Frankreich (5,5%), Grossbritannien (5,0%), Italien (4,8%) und Kanada (3,8%) auf den nächsten Plätzen belegen alle G-7-Staaten die vordersten Positionen der Exportrangliste. Wie die Wirtschaftsförderung (Wf) Zahlen der Welthandelsorganisation WTO

entnimmt, liegt die Schweiz mit einem Anteil von 1,5% der weltweiten Exporte auf Platz 18. Wird die Europäische Union als ein einzelner Exporteur betrachtet, so führt sie die Rangliste vor den USA an. Bei dieser Konstellation verpasst die Schweiz nur knapp den Einzug in die Top ten der Handelsnationen (Rang 11).

Auf der Importseite ergeben sich auf Grund unausgeglichener Handelsbilanzen nur geringfügige Änderungen. Auch hier

sind die USA (15,1 Prozent), Deutschland (8,4 Prozent) und Japan (6,4 Prozent) führend. Die Schweiz belegt als Importeur Platz 17 mit 1,5 Prozent der weltweiten Importe.

(Sachbearbeiter Wf: Roberto Colonnello. Graphik: Heavy Graphics)

Länderanteile am Weltwarenverkehr 1996 (in Prozent)

